

Kamener Zeitung

Volksfreund für Frauen und Jugend verbunden mit der
Märkischen Zeitung

Ämtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der
Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage
„Fürs Heim“ Monatlicher Bezugspreis 75 Pf.
durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 M.
Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H.,
in Kamen, Geschäftsstelle Kamen, Weststr. 10.
Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausführung
telefonisch aufgegebenen Anzeigen wird jede
Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion
verantwortlich: S. Schultze.

Nr. 144 (1. Blatt)

Freitag, den 22. Juni 1917

45. Jahrgang

Die fortschreitende Auflösung in Rußland.

Französische Stellungen bei Vaucaillon gestürmt. — Zunehmende Artillerietätigkeit im Osten.

Die fortschreitende Auflösung des russischen Reiches.

(U) Die nach Verejaslaw im Gouvernement Poltawa, südöstlich Kiew, einberufene Senatsversammlung erklärte die Stadt Verejaslaw für eine unabhängige Republik und ernannte Chyslaw Koo Moskow zum Diktator. Chyslaw setzte ein Kriegsgericht ein und erließ diktatorische Verfügungen, jeden Versuch des Widerstandes mit bewaffneter Gewalt niederzuschlagen. Das ausgesandte Mitglied des Kiewer Arbeiterrats, Smilof, welches den Zusammenhang der Stadtrepublik mit Rußland wieder herstellen sollte, wurde für verhaftet erklärt. Ein gleiches Schicksal traf die Deputation der vorläufigen Regierung, welche die Republik auflösen wollte. Die Vorgänge sind typisch für die fortschreitende Auflösung des großen russischen Reiches und die Sehnsucht aller Kreise nach einer starken diktatorischen Gewalt. Die Volksbewegung der gesamten Ukraine ist täglich im Anwachsen begriffen. Die ukrainischen Soldaten weigern sich einmündig, eher an die Front abzugehen, als bis besondere ukrainische Regimenter von Kerensti gebildet worden seien. Hiergegen wehrt sich jedoch die Regierung fortgesetzt, weil sie die Schaffung einer ukrainischen Armee der ukrainischen Selbstständigkeit gleichsetzt. Kerensti, der täglich mehr ins imperialistische Fahrwasser gleitet, findet an der Front jetzt den stärksten Widerstand. In Riga erschien der Herausgeber der „Ekspress Branda“, Jährlich Chantow, in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats und forderte die Abhebung Kerenstis, den er als mit englischem Gelde bestochen bezeichnet. Chantow fand im Soldatenrat zahlreiche Anhänger, während sich ein Offizier über die Ehrenkennung Kerenstis empörte und die Entfernung Chantows aus dem Offizierskorps verlangte. So brachen allenthalben in der Armee die Widerstände aufeinander.

Eine Reaktion in Rußland?

(H) Der Mitarbeiter der Telegraphen-Union erzählt von einer solchen aus Moskau über Stockholm eingetroffenen Persönlichkeit, daß Rußland am Vorabend großer neuer Ereignisse stehe. Mit Rücksicht hierauf habe Robinsko die Mitglieder der Reichsduma aufgefordert, in Permanenz zu bleiben. Die bürgerlichen Parteien planen den Sturz des sozialistischen Regiments. Die bürgerlichen Parteien haben auch in Offizierskreisen sehr viele Anhänger. Kojasen wurden eilig in die größeren Städte beordert. Die jetzige Regierung soll fest entschlossen sein, den Kampf mit der Reaktion energisch aufzunehmen.

Finnland von Hungersnot bedroht.

(W) „Berlingste Tidende“ berichtet aus Helsingfors: Der finnische Senat teilte der russischen Regierung mit, daß Finnland von Hungersnot bedroht werde. Da Unruhen zu befürchten seien, sei es notwendig, die Lebensmittelfrage für Finnland zu regeln. Entweder müsse Finnland Getreide erhalten, oder Rußland müsse die russischen Truppen aus Finnland zurückziehen.

Anarchistische Mordbanden in Tomsk.

(W) Ueber die Stadt Tomsk wurde, nachdem begnadigte Gefangene, die unter die Waffen gerufen wurden, und von Anarchisten zahlreiche Morde und Diebstähle verübt worden waren, das Kriegsrecht verhängt. Es verlautet, daß eine Veranschaulichung im Gange war, die Banken und Geschäfte zu plündern und die Direktoren zu ermorden. Ueber 1500 Begnadigte und 800 andere Personen wurden getötet und eine Anzahl verwundet.

Rückberufung der russischen Erntearbeiter.

(W) Kriegsminister Kerensti befehlt, daß alle eingezogenen Reservisten, die vorläufig zu Landarbeiten beurlaubt waren, wieder zurückkehren.

Der Herr von Petersburg.

Sir George Buchanan, der britische Botschafter in Petersburg, hat seinen politischen Methoden wieder einmal einen Erfolg zu verdanken. Es müssen seltsame Zustände in Petersburg herrschen. Schift da der Schweizer Bundesrat Hoffmann an den Schweizer Gesandten in Petersburg ein kühn gestelltes Antwortschreiben, und dieses Telegramm wird plötzlich in dem Stockholmer sozialdemokratischen Blatte des Herrn Branting „Sozialdemokraten“ veröffentlicht. Die Geheimnote ist, wie das Schweizer offizielle Telegraphenbüro mitteilt, „von unbefugter Seite“ entziffert worden. In Petersburg besteht also eine Kontrollinstanz für den diplomatisch geschützten Verkehr der neutralen Diplomaten, und diese Stelle verfügt über den Schlüssel der verschiedenen geheimen Chiffren. Welches diese Stelle ist, darüber kann kaum ein Geheimnis obwalten. Im englischen Unterhause hat man den Herrn Branting erst kürzlich als sicheren Entente-freund gefeiert, und der deutsche Gewerkschaftler Wilhelm Ranshof hat kürzlich festgestellt, daß offenbar Branting die Entente-geheimnisse über den Gang der Stockholmer Verhandlungen auf der internationalen Sozialisten-Konferenz informierte. Herr Branting hat die Senation der Schweizer Delegation offenbar als Gegenleistung von der britischen Botschaft in Petersburg zugesichert erhalten. Es ist eine Angelegenheit, die in erster Linie die russische Selbstachtung berührt, wie Herr Buchanan als unumstößlicher neuer Selbstherrscher in Petersburg regiert. Gegenüber seinen Machenschaften tritt wirklich der verunglückte Friedensvermittlungsbuch eines Schweizer Privatmannes vollständig in den Hintergrund. Herr Buchanan hat es allerdings verstanden, das Stillschweigen von vornherein sehr geschickt zu verwalten.

Der radikal-sozialdemokratische Schweizer Nationalrat und Chefredakteur der „Berliner Tagwacht“, Robert Grimm glaubte auf Grund seiner Beziehungen zu den russischen Sozialistenführern dem Frieden wichtige Geheimnisse leisten zu können. Er ging zum Schweizer Gesandten in Petersburg, stellte ihm die Lage Rußlands und die Geistesverfassung der russischen Sozialistenführer zu Friedensverhandlungen vor. Um diese Geistesverfassung zu steigern, bat er den Gesandten, an den Schweizer Bundesrat Hoffmann, den Chef der auswärtigen politischen Angelegenheiten in Bern, ein Telegramm zu richten, in dem unter Darlegung der Verhältnisse auskunft über die deutschen Kriegsziele erbeten ward und gleichzeitig betont wurde, daß eine deutsche Offensive im Osten die Entwicklung des Friedensgedankens in Rußland ungünstig beeinflussen könne. Die Schweiz leidet zu sehr unter dem rasenden Ringen ihrer großen Nachbarn, als daß Herr Hoffmann sich nicht hätte, als Privatmann werde ich im Interesse meines Landes jeder Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen, meine Unterstützung leisten. Amlich will die Schweizer Regierung nicht vermitteln, weil es dafür an der Bereitschaft auf der Entente-seite fehlt, also ließ Herr Hoffmann seine Regierung amlich aus dem Spiel und telegraphierte privatim an den Schweizer Gesandten in Petersburg das, was er aus dem Munde hervorragender Deutscher und aus den weltbekannten deutschen Kundgebungen entnehmen konnte. Amlich mußte er die Geheimnote bei der Abreise des Telegramms wählen. Kaum hatte die englische Botschaft auf unläutendem Wege Kenntnis von diesem Telegramm erhalten, als auch schon ihre große Entstellungsfähigkeit einsetzte. Herr Branting veröffentlichte das Telegramm in sensationeller Aufmachung. Jadas und Neuter schrien auf Kommando: Grimm in Petersburg als deutscher Agent entlarvt! Und die englische Regierung erhob in Bern Vorstellungen wegen „neutralen Verhaltens“. Auf diese Machenschaften ist leider auch die russische Regierung hineingefallen. Sie hat Herrn Grimm, der ja allerdings wegen seiner radikal-sozialdemokratischen Agitation unheimlich war, ausgewiesen, und der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausweisung gebilligt. Um der Wirkung der britischen Agitationsmethode etwas entgegenzusetzen, sind nun doch einige Feststellungen notwendig. Herr Grimm ist wirklich kein deutscher Agent. Wer das noch nicht wußte, der braucht nur die Kriegsjahrgänge seiner „Berliner Tagwacht“ nachzulesen, um zweifelsfreie Zeugnisse dafür zu finden, daß Deutschland kaum von einer feindlichen Seite so schwer verunglimpft worden ist, wie von Herrn Grimm und seinem Blatt. Aber als radikaler Sozialist, Führer und Begründer der Röntgenstrahlung, ist Herr Grimm natürlich auch ein großer Gegner des Krieges. Hier liegen die Beweggründe für sein Vorgehen und alles

andere ist britischer Schwindel. Noch leichter wäre es, den klugen, umsichtigen Schweizer Bundesrat Hoffmann, der wegen der Affäre jetzt seinen Abschied hat nehmen müssen, der „Deutschfreundlichkeit“ zu verdächtigen. Herr Hoffmann hat nur im Schweizer Interesse gehandelt, und er stützt sich wohl auch auf den Wortlaut des Haager Abkommens, nach dem Friedensvermittlungen niemals als unfreundlicher Akt angesehen werden dürfen. Allerdings vertraute er auf die Unaufrichtigkeit des völkerrechtlich geschützten Diplomatenverkehrs. Aber darin hat er sich eben verrechnet. England ist nichts heilig. Die Welt sollte aber endlich daraus die Lehre ziehen, die Dinge nicht immer in englischer Beleuchtung zu sehen. Es handelt sich wirklich nicht um einen Fall Hoffmann oder einen Fall Grimm, sondern um einen Fall Buchanan. Wie der Herr von Petersburg Rußland und die andere Welt zu bearbeiten sucht, das ist eine Angelegenheit, die in ihrer Bedeutung wirklich weit über das geschätzte Privatunternehmen des Herrn Grimm hinausragt.

Eine Erklärung Grimms.

(W) Svenska Telegram Byran meldet: Nationalrat Grimm veröffentlicht eine Erklärung über die Umstände seiner Ausweisung aus Rußland, in der er sagt, am 8. Juni seien Axelrod und Martoff bei ihm erschienen und hätten ihn gefragt, ob der Schweizerische Gesandte in Petersburg Friedensvorschlüsse der deutschen Regierung zur unmittelbaren oder mittelbaren Überlieferung an die russische Regierung übergeben oder ein dahn zielendes Ansuchen an ihn gerichtet habe. Es gebe ein derartiges Schriftstück, in dem der Name Grimm erwähnt werde, das von einem russischen Agenten in Bern an das Ministerium des Aussenwesens in Petersburg geschickt worden sei. Er, Grimm, habe beide Fragen verneint und die Verneinung schriftlich zu Händen der Minister Teretelli und Stobolew befestigt und hinzugefügt, er lehne es überhaupt grundsätzlich ab, den Vermittler von Friedensplänen imperialistischer Regierungen zu spielen. Diese Erklärung sollte am nächsten Tage in der „Dziewita“ erscheinen. Die Sache eilte. Man wollte, sagte Grimm, Angriffen der bürgerlichen Presse zuvorkommen und durch rechtzeitige Abwehr eine Enttarnung des in Rußland weilenden französischen Munitionsministers Albert Thomas vermeiden. Am nächsten Tage enthielt die „Dziewita“ die Erklärung nicht. Man sagte fest, daß weitere Nachforschungen über das Vorhandensein des Schriftstückes angestellt würden. Am 13. Juni erhielt Grimm auf sein Verlangen durch Vermittlung Teretellis und Stobolews eine Abschrift der Berner Depeche an den Schweizer Gesandten in Petersburg, die am folgenden Tage veröffentlicht werden sollte. Grimm sollte aber Gelegenheit haben, vor deren Veröffentlichung eine Erklärung zu verfassen. In dem Entwurf dieser Erklärung führte Grimm aus, daß eine solche Depeche ihm weder mittelbar noch unmittelbar zugeflossen worden sei. Wenn das Telegramm ein deutschers unternehmerischer Versuch sei, seine Anwesenheit in Petersburg zugunsten des deutschen Imperialismus und eines deutschen Sonderfriedens auszunutzen, so betrachte er einen solchen Versuch als eine Herausforderung. Die solchen Versuch als eine Herausforderung. Die Minister hätten aber eine stärkere Spitze gegen die deutsche Regierung und einen scharfen Angriff gegen die Schweizerische Regierung verlanget, was trotz der Drohung mit seiner Verhaftung und schimpflichen Ausweisung von ihm abgelehnt worden sei. Schon deshalb habe er sich auf die Vermutung nicht einlassen können, weil der Ursprung des Telegramms noch keineswegs festgestellt worden war. Später vereinbarte Grimm mit einigen politischen Freunden den Entwurf einer neuen Erklärung, die den Ministern unterbreitet wurde und deren Inhalt nun durch die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht wurde. Die Minister blieben aber bei ihrer Meinung, auch diese Erklärung genüge nicht. Martoff und Axelrod unterhielten Grimm. Es wurde keine Einigung erzielt. Die Verhandlungen waren bisher vertraulich geführt worden. Nun aber erklärte die Partei Grimms durch Martoff, man solle sich durch kein Geheimnis mehr gebunden. Grimm selbst werde sich zwei Tage zur Verfügung der russischen Regierung halten, nachdem seine Abreise schon früher für den 15. 6. vorgesehen war. Freitag am späten Nachmittag wurde Grimm in die Wohnung Stobolews gerufen. Er begab sich, von Axelrod begleitet, dorthin und traf dort Teretelli und später auch Stobolew. Ohne weiteres wurde ihm erklärt, die Minister hätten seine Erklärung ungenügend und die Regierung beschlosse sich keine Verhandlungen gegen ihn, da aber zu befürchten sei, daß nach der Veröffentlichung des Schweizer

hates Ausfährungen begangen würden, werde er höflich gebeten, sofort abzureisen, worin er willigte. Die Abreise Grimms wurde darauf äußerst beschleunigt. Am folgenden Morgen verließ Grimm Petersburg und erreichte die Grenze ohne irgend welche Schwierigkeiten. Zum Schluß erklärte Grimm, er habe es für unter seiner Würde, sich gegen den Vorwurf, er sei deutscher Agent, zu verteidigen. Er gehe über eine solche Verdächtigung mit Verachtung hinweg. Bevor sie auseinander gingen, fragte Grimm Teretelli und Stobolew als Sozialisten, nicht als Minister, ob sie ihn für fähig hielten, die Rolle des Agenten irgend einer Macht zu spielen. Beide verneinten diese Frage und erklärten, sie bedauerten, daß er in seiner Erklärung nicht schärfer aufgetreten sei. Grimm teilte mit, er habe bis zur Feststellung der Ursache seiner Ausweisung sein Mandat für die Zimmerwälder Mission den Schweizerischen Genossen zur Verfügung gestellt und die Schweizerische Partei ersucht, nach Kenntnisnahme der Tatsachen und des Untersuchungsergebnisses über sein politisches Mandat und seine Stellung in der Partei in der Schweiz zu entscheiden.

Die Einladung zur Stockholmer Konferenz.

(H) Der „Dziewita“ veröffentlicht die telegraphische Einladung Schwedens im Auftrage des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats zur internationalen sozialistischen Konferenz nach Stockholm zwischen den 28. Juni und 18. Juli und schreibt: Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde.

Eine Geheimnote Wilsons an Rußland?

Ueber die Botschaft Wilsons an Rußland schreibt der Haager „Nieuwe Courant“ vom 11. Juni wie folgt: Die Botschaft Wilsons enthält zweifellos schöne Gedanken in gefälliger Form, aber viele Leute werden sich ebenso wie wir fragen: Was ist nun der eigentliche Inhalt der Note? Wie denkt sich Wilson das Kriegsziel? Denn auch diese Note ist wieder ganz und gar unklar, fast nirgend eine deutliche Meinungsäußerung und eine Anwendung von Grundsätzen auf Tatsachen. Am deutlichsten ist vielleicht noch der Grundsatz, daß Schadenersatz nur geleistet werden soll für angerichteten tatsächlichen Schaden. Diese Forderung könnte sich vielleicht auf den in Belgien und Serbien zerstörten Besitz beziehen. Aber im übrigen haben Wilsons Grundsätze denielben Fehler wie Wilsons Erklärungen über Annexionen: die eine Forderung schließt die andere nicht aus, und das, was auf Grund des einen Prinzips anerkannt werden darf, muß auf Grund des anderen unangetastet bleiben. Es ist daher noch ein anderer Maßstab erforderlich, um zu bestimmen, in welchem Fall ein bestimmtes Prinzip angewandt werden soll. Nimmt man zum Beispiel das erste von Wilson verkündete Prinzip: keine Einverleibung ohne Zustimmung des einzuverleibenden Volkes. Dieses erkennt das Recht des Volkes an, sich selbst einen Souverän zu wählen. Aber in einem anderen Prinzip heißt es: Wiederherstellung der Macht ist erlaubt, falls dadurch der Weltfrieden gefördert und den Völkern Glück und Wohlfahrt beschert wird. Dieses Prinzip sagt aber nichts von der Zustimmung des Volkes, aber dessen Wohlfahrt gefordert werden soll und rechtfertigt alle möglichen Einverleibungen, wobei der Machthaber natürlich behaupten wird, daß er nur beabsichtigt, den Weltfrieden zu fördern und den Völkern das Glück zu bringen! Nur in einem Punkte ist Wilson klar, nämlich da, wo er sagt: keine Wiederherstellung des Status quo ante. Und hieraus werden die Franzosen zweifellos lesen: Rückgabe Elsass-Lothringens. Was aber wird Rußland daraus lesen? Was wird das Urteil der russischen Revolutionäre sein, die endlich einmal eine klare deutsche Sprache und keine Phrasen hören wollen und Einverständnis fordern mit ihrem deutlich ausgesprochenen Prinzip: keine Einverleibungen, keine Entschädigungen? Glaubt Wilson, mit dieser Note die Kampflust Rußlands neu zu beleben und die Ruhe im Innern wieder herzustellen? Das scheint uns unwahrscheinlich, und doch sind wir eher geneigt, der Nachricht Glauben zu schenken, daß Wilson in einer anderen geheimen Note an die russische Regierung seine eigentlichen Kriegsziele genau auseinandergesetzt hat. Diese Note soll durch Senator Root überreicht und erläutert worden sein.

Heeresgruppe des Kronprinzen Rupprecht
von Bayern

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Abendbericht.

Der französische Bericht.

Der englische Bericht.

An England verkauft.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der italienische Bericht.

Aus der italienischen Kammer.

Ausweisung aus Griechenland.

Die Ausschreitungen in Genf und Lugano.

Abreise König Konstantins aus Lugano.

Der bulgarische Bericht.

Die heutige U-Bootsmeldung.

Der Chef des Admiralstabes
der Marine.

U-Bootsgranaten gegen Benghazi.

(W) Afrika wird gemeldet: Am 30. 5. wurde durch eines unserer 11-Boote die italienische Festung Benghasi an der nordafrikanischen Küste mit 40 Granaten beschoßen. In erster Linie wurden Hafenanlagen und die Funkentelegraphenstation mit sichtbarem Erfolge unter Feuer genommen. Nach längerer Zeit nach der Beschießung wurde ein starker Brand in der Stadt beobachtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Gerard — ein sauberer Herr.

Der jüngere amerikanische Volkshäfer in Berlin, Gerard, ist von angenehmen Persönlichkeiten in Amerika beschuldigt worden, einen bekannten, in Deutschland sich aufhaltenden Amerikaner zum Selbstmord getrieben zu haben. In Berlin hat sich am 20. Januar 1917 der Rote-Kreuz-Bevollmächtigte Ludwig Große, Sohn des deutschen Dichters Julius Große, durch einen Pistolenschuß entleibt. Der Hauptanlaß zu seinem Selbstmord wurde auf der Gerardfeier im Hotel Alton am 6. Januar 1917 gegeben, als Gerard dem deutschen Volke mit großartiger Geste 400 000 Mark als das Ergebnis „seiner“ Bemühungen auf den Tisch warf. Dieses Geld war nicht Gerards Bemühungen, sondern der persönlichen Arbeit Ludwigs Großes zu danken, der zu diesem Zweck vom Roten Kreuz nach Amerika geschickt worden war, wobei ihm u. a. ein von Gerard ausgestelltes Empfehlungsschreiben zur Seite gestanden hatte. Wie es Große später mit dieser „Empfehlung“ ergeht, darüber wird in einem ausführlichen Bericht über diese Zandallanlegenheit, den wir in der „Post. Ztg.“ finden, folgendes gesagt: Im Dezember 1916 kam Gerard nach Deutschland zurück. Große besuchte sich, ihn in der Volkshäfer aufzusuchen. Bei der ersten Begegnung erklärte ihm der Volkshäfer, daß

Ueber viereinhalb Millionen feindliche Staatsangehörige.

(W) Wie „Progres de Lyon“ aus Neuport meldet, befinden sich, amtlichen Zählungen zufolge, in den Vereinigten Staaten 4662 000 feindliche Staatsangehörige.

Das Warten auf den deutschen Zusammenbruch.

(W) Barnes, das dem Kriegskabinett an-
gehörende Mitglied der Arbeiterpartei, faßt
in Erwiderung eines Erinspruches u. a. die
Befinden uns jetzt in einem besorgenen Zu-
stand des Weltkrieges. Die Völker sind
müde der Ströme Blutes und suchen
einen Ausweg. Der Krieg war in tau-
senden von Herzen seine Schatten, die Zivil-
bevölkerung ist gequält. Jeder Mann aus-
zuwachen und wegen der Anknüpfung des zum
Leben Notwendigen viele Entbehrungen zu er-
tragen. Dies ist in erster Linie von den
Mittelmächten, die auf die eigenen dabin-
schwindenden Ressourcen angewiesen sind.
Bemerkenswert ist, daß zwar von deutlichen
Sozialisten und Ausländern viel von Kriegs-
einsatz und mangelnder Unterstützung ge-
sprochen wird, aber die Arbeiterpartei in

nieren also nach allen Bestimmungen gerecht worden ist, daß aber die deutsche Regierung nichts ge'art hat, was sie daran binden könnte, was in den Friedensunterhandlungen oder irgend welchen Verhandlungen von ihren Agenten gesagt worden ist. Das ist die wahre Gefahr der gegenwärtigen Lage. Das Schicksal, was gegenwärtig von der deutschen Regierung zu erwarten ist, würde die Rückkehr zum status quo ante sein. Das ist unmöglich. Wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk, sondern für die Befreiung aller Völker. Wir wissen nicht, wann der Zusammenbruch kommt, wissen nur, daß er kommen muß, ganz gleich, eine halbe lange und schwere Wartezeit noch vor uns liegt.

Schwierigkeiten in der österreichischen Ministerkrise.

(W) Wiener K. K. Hof-Bureau: In den
Menschen wurde im Parlament bekannt, daß
Ministerpräsident Graf Clam-Martini, da sich
geradezu die Unmöglichkeit ergab, ein der
Aufnahme von Landsmannministern erweitertes
Kabinet zu bilden, dem Kaiser die Bitte unter-
breitete, den Rücktritt des gesamten Kabinetts an-
zunehmen und eine andere Persönlichkeit mit der
Kabinettsbildung zu betrauen.

Beratungen des österreichischen Waller- strassen-Tages.

(W) Donnerstag vormittag haben in Wien die Beratungen des österreichischen Wassertraktaten-Tages begonnen, zu denen aus Deutschland erschienen sind: Der Oberbürgermeister von Dresden, Bläser, der Oberbürgermeister von Augsburg, Geheimer Hofrat Wolfram, vom Königlich-Bayerischen Ministerium des Innern Präsident von Leibbrand, Delegierte der Handelskammern Nürnberg, München, Passau, Regensburg, Hamburg und Stuttgart, Delegierte des Senats von Hamburg und Altona, des Elb-Ober-Donau-Vereins Dresden und des Schlesischen Provinzialvereins für Konsumpolitik Breslau. In das Präsidium wählten u. a. hien: Oberbürgermeister Stiller, Oberbürgermeister Dr. Geisler (Nürnberg), Bürgermeister Vertheimer (Altschaffenburg), Stadtrat Tiedorff (Breslau). Handelsminister Dr. Urban erklärte, er sei zwar mit Rücksicht auf die politische Situation nicht in der Lage, aber die Erklärung der Regierung zum Wassertraktatenproblem eine Erklärung abzugeben, doch wünsche er den Verhandlungen ersprießlichen und segensreichen Erfolg. Als erster Berichterstatter sprach Stadtschreiber Dr. Goldmann über die Geschichte der Entwässer der österreichischen Wassertraktaten. Oberbürgermeister Geisler (Nürnberg) überbrachte die herzlichsten Grüße der Bayern. Der König der Bayern habe während der Kriegszeit den Ausbau der Wassertraktaten mit größter Energie in die Hand genommen, auch seien 5 Mill. vom Reich Bayern und anderen Interessenten bewilligt worden, um ein Bauprojekt für die Verbindung Rhein-Donau zu erlangen. Handelskammersekretär Bage (Budapest) sprach sich für baldige Ausführung der Regulierungsarbeiten auf der oberen Donau aus, welche Anregung von dem Abg. Hofrat Feld (Neuburg) unterstützt wurde. In Abschlusssitzung am 1. October (Breslau) begrüßte die Versammlung als Vertreter der deutschen Bundesstaaten.

Gedrückte Stimmung in der Deutsch-Schweiz.

(TU) Die Ausschreitungen gegen das deutsche Konsulat und die Unruhen von Lugano, die ausserordentlich die Ueberzeugung des Teins und der westschweizerischen Bevölkerung charakterisiren, werden als den Anfang einer Schweizer Krise angesehen. In der Bundeshauptstadt wölft sich förmlich die Erregung über die Vorfälle; man reist sich förmlich um die Existabilität der Brünigen. Unter den westschweizerischen Mitgliedern der Bundesversammlung macht sich ebenfalls große Erregung bemerkbar. Man erhebt sich in diesen Kreisen in Anfragen über die Politik des Bundesrats. In deutsch-schweizerischen Parlamentskreisen ist die Stimmung gedrüht; man ist in Sorge wegen der Folgen des Hochwasserfalls, sowohl nach aussen, wie nach innen. Man macht sich alle Mühe, diese zu beruhigen.

(TU) Das Stockholmer „Aftonbladet“ erzählt über Saparanda, daß der schweizerische Gelehrte in Petersburg an Grund der

Mittheilung
bedeutungsvoll
Verfallung
denklichen Eil
Theilen des
Einfelds des
eines Instit
verhandelt we
fammlung der
Eisenhütten
Vorstand, der
Dorrmund, de
gegebenen Dar
des Weretns,
was bisher er
lichen Förder
verschiedenen
auf die Notw
Dorhung im
unausbleiblich
folgezeit nach
zufehen. Man
gaben, die
konnte nur zu
gehende Denk
liten behaupt
daß allein die
bestimmung
Institut befäh
versprechend
Institut im
und zu unter
weiteren Aus
damit der Vor
ein Bild fol
heißt als aus
ihres Jolge

willens die
 helme-Gesell-
 schaftliches Institut
 Dr. Borach
 Eisenhütten-
 denn auch
 Licht ge-
 Verwaltung-
 wiesen-Gast-
 Zusammen-
 dem neuen
 Standort
 bestimmt, d-
 Vorhande-
 leute über-
 Ansehungs-
 Ausdruck
 rheinisch-
 Die fündel-
 haben zu
 von vorn-
 dieser Richt-
 Mittel für
 stituts wird
 gehen von
 Wilhelm-Ge-
 die Stadt,
 erhalten m-
 das nötige
 Eisenbahn
 nicht aus-
 weiterbera-
 Eisenhütten-

Westf
8. Name
sichtlich der
für einen
Brandst
es, sowie
bungsajur
ob ein Be
vorlegt.
darin, daß
einer erk
stehen de
Grundstücke
ist aber a
einmalen
sege schäd
weise gefähr

den der fr
und zu er
Natur, neu
wäftigen M
werden.
daten rich
uns gelitte
den Trömm
den, die i
würfelten
mit ihren
festen, sie
auch thner
nehmen.
Tage, die
und thres
Herzenslust
die Hand
fere tapher
find, daß n
verbürgen
und trage
wund-
Die Gekhä
ist gern
Empfang

Eine wichtige Neuerrichtung der deutschen Eisen-Industrie.

Mitten im Kriege hat die deutsche Eisen- und Stahlindustrie den Grundstein zu einem bedeutenden Friedenswerk gelegt. In einer Versammlung von führenden Männern der deutschen Eisen- und Stahlindustrie aus allen Teilen des Reiches, die am Dienstag in Düsseldorf tagte, ist über die Gründung eines Instituts für Eisenforschung verhandelt worden. Die Einladung zu der Versammlung war vom Verein deutscher Eisenhüttenleute ausgegangen, dessen Vorsitzender, Generaldirektor A. Bögl, aus Dortmund, die Versammlung leitete. In eingehenden Darlegungen stellte der Geschäftsführer des Vereins, Dr.-Ing. D. Petersen, fest, was bisher auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Förderung des Eisenhüttenwesens in den verschiedenen Ländern geschehen ist. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die metallurgische Forschung immer mehr zu vertiefen, um in den unausbleiblichen Wirtschaftskämpfen der Kriegsfolgezeit nach jeder Richtung hin gerüstet dazustehen. Auf die großen und wichtigen Aufgaben, die einem solchen Institut zufallen, konnte nur kurz hingewiesen werden. Eine eingehende Darstellung soll die demnächst ausführlicher behandelte. Hervorgehoben wurde aber, daß allein ein von aller einseitiger Zweckbestimmung freies wissenschaftliches Forschungsinstitut befähigt ist, an jene Aufgaben erfolgreich heranzutreten. Wie ein solches Institut im einzelnen zu gestalten, auszubauen und zu unterhalten ist, war Gegenstand der weiteren Ausführungen des Vorsitzenden, der damit der Versammlung die neuen Forschungstätigkeit als auch der Bedingungen für ihre erfolgreiche Wirksamkeit entrollte.

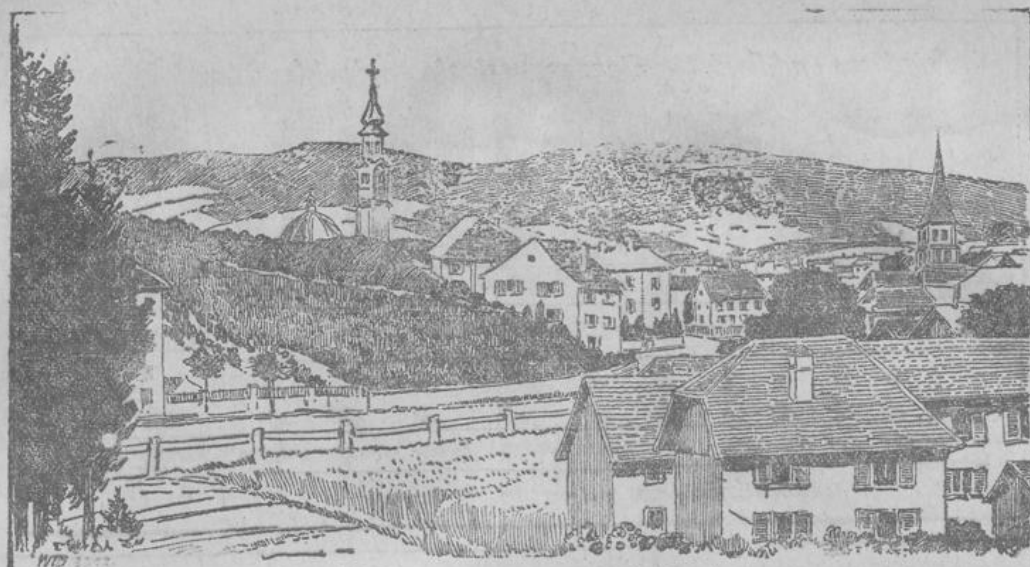
Die anschließende Ansprache der Versammlung führte ersichtlichweise zu der einstimmigen wie bedeutungsvollen Entscheidung, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie willens ist, in Anlehnung an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein besonderes wissenschaftliches Institut für Eisenforschung zu errichten. Der Vorarbeiten wird der Verein deutscher Eisenhüttenleute sofort in die Wege leiten, wie denn auch späterhin dem Verein die Möglichkeit gegeben ist, in Verbindung mit dem Verwaltungsrat des Instituts und einem wissenschaftlichen Beiräte den unumgänglichen Zusammenhang zwischen der Eisenindustrie und dem neuen Institut zu gewährleisten. Der Standort des Instituts ist noch nicht endgültig bestimmt, die Entscheidung hierüber ist dem Vorstande des Vereins deutscher Eisenhüttenleute überlassen worden; jedoch wird nach den Anschauungen, die in der Versammlung zum Ausdruck kamen, das Institut seinen Sitz im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erhalten. Die südwestdeutsche und schlesische Eisenindustrie haben zu Recht und frommen der großen Sache dieser Richtung hin beigetragen. Die erheblichen Mittel für Bau und Unterhaltung des Instituts wird die Eisen- und Stahlindustrie, abgesehen von einem kleinen Beiträge der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, allein aufbringen, während die Stadt, in der das Institut seinen Sitz erhalten wird, neben einem Baugeldzuschuss für das nötige Gelände, dessen Ankauf an die Eisenbahn um aufzukommen habe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß später noch andere weiterverarbeitende Industrien sich an dem Eiseninstitut beteiligen werden.

So erscheinen alle Vorbedingungen gegeben, daß die neue Schöpfung einen hochbedeutenden, gegenwärtigen Einfluss auf die technische Weiterentwicklung des deutschen Eisenhüttenwesens ausüben wird. Der deutschen Eisenhüttenindustrie muß es hoch angerechnet werden, daß der Plan, den Kaiserinrat Dr.-Ing. a. H. Springorum aus Dortmund auf der letzten Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute zum erstenmal der Öffentlichkeit unterbreitet hatte, so bald zur Tat geworden ist.

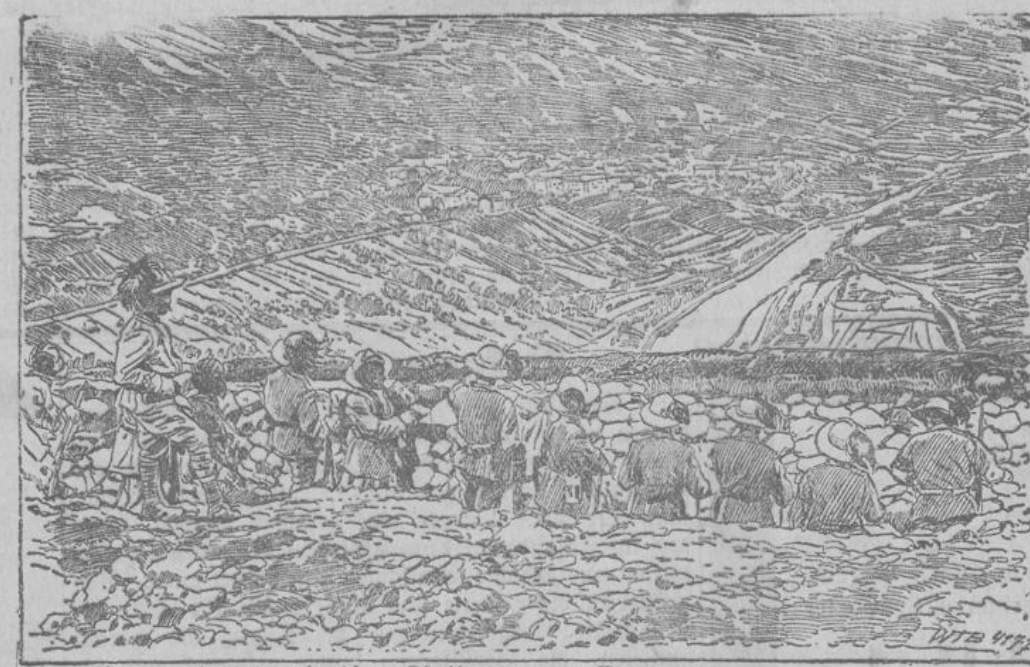
Westfalen u. Rheinland.

8. Juni, 22. Juni. (Westfälisches.) Hinsichtlich der Frage, ob eine Eisenbahn für einen durch Tunnelbau verursachten Brandschaden zu halten hat, kommt es, soweit nicht gesetzlich eine bloße Gefährdungshaftung Platz greift, auf die Frage an, ob ein Verschulden des Bahnunternehmers vorliegt. Unter Umständen kann ein solches darin, daß der Unternehmer die Bahn trotz einer erkennbar fortwährend bestehender Gefahr für die benachbarten Grundstücke betreibt, gefunden werden. Dabei ist aber andererseits auch die Frage eines etwaigen mitwirkenden Verschuldens des Geschädigten selbst zu prüfen, wenn er feuergefährliche Anlagen, wie Strohstüber, dicht an der vorbeifahrenden Bahn aufbaut.

(Rheinland-Westfälisches.) Die Zeit der Ausflüge ist da! Ein jeder nimmt die Stunden der freien Zeit wahr, um sich zu erholen und zu erheben an den reichen Gaben der Natur, neue Kräfte zu sammeln, um dem gewaltigen Lebenskampf um Arbeit besser Herr zu werden. Dabei wollen wir unsere Verbundenheit nicht vergessen. Gerade sie, die für uns gelitten und gestritten, für uns im härtesten Kriege standhalten, und den Feinden, die unser Land mit ihren zusammengekauften Horden zu überschwemmen suchten, mit ihren Weibern eine eiserne Wehr entgegensetzten, sie haben es verdient, daß man es auch ihnen ermöglicht, Ausflüge zu unternehmen. Auch sie sollen die Zeit vergehen und ihres Lebens sich freuen und feiern nach Herzenslust. Darum ist es unser aller Pflicht, die Hand und den Beutel aufzutun für unsere tapferen Streiter, der wir es danken müssen, daß wir hier noch unbehelligt vom Feinde sind und in Ruhe unsere Tage in der Heimat verbringen dürfen. Gebe darum ein jeder und trage zu einem Fonds bei, der für Wunderland-Ausflüge Verwendung finden soll. Die Geschäftsstelle der „Kamener Zeitung“ ist gern bereit, Gaben für diesen Zweck in Empfang zu nehmen und wird öffentlich darüber ausrichten. Nochmals: Erfülle ein jeder



Ansicht von Schleggen (Asiago)



Vorgeschobene italien. Stellung am 1. Juni 1918.

seine Pflicht, wir sind es unsern tapferen Streikern schuldig.

(Kamener * Ehrenfakt.) Der Gefreite Paul Reiffmann von hier wurde auf dem östlichen Kriegsschauplatz zum Unteroffizier befördert.

(Grutesläden-Erhebung.) Wie machen nochmals auf die in Nr. 139 veröffentlichte Bekanntmachung der Ortsbehörde betr. Grutesläden-Erhebung aufmerksam, wonach jeder Unternehmer den feldmäßigen Anbau von Früchten auf dem Lebensmittelland, Markt 5, Zimmer 2, in preussischen Morgen anzugeben hat. Außer Betracht bleiben nur Kartoffeln, Gemüse und andere Gewächse, die in Hausgärten, Schrebergärten usw. angebaut sind. Die Meldung hat bis spätestens 25. Juni zu erfolgen. Da am letzten Tage der Andrang erfahrungsgemäß stets ein größerer ist, empfehlen es sich, die Anmeldung sofort zu bewirken. Nur dann sparen die Erzeuger Zeit.

Kartoffeln in der „Verfertigung“.

Ein beachtenswerter Beitrag zur Frage der unterirdischen dauernden Kartoffelnot ist folgende in „Köln. Volkszeitung“:

Arzt die Zeitungen dieser Tage die energischen Worte des Oberbürgermeisters zu Düsseldorf über die Kartoffelnot, besonders im Westen. Auch der Duisburger Kleinbauer hat sie gelesen und sich gefragt: Wo sind denn all unsere Kartoffeln hingelommen? Wohl bilden sie nur einen kleinen Teil unseres Nahrungsbars, aber das sagt sich jeder: ich habe doppelt so viel und noch mehr verkauft als in den letzten Jahren; es wurden doch im armen und ganzen die nützlichen Felder bebaut wie früher, und darum noch einmal: wo bleiben unsere Kartoffeln? Diese einfache Veranschaulichung ohne Flekt und Tonnen ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn man bedenkt, welche Unmengen von Kartoffeln früher in der Landwirtschaft vertrieben wurden, die jetzt doch zum größten Teil der menschlichen Ernährung dienen sollen, dann fragt man: Wo kommen all diese Kartoffeln hin? Warum früher stets mehr als genug, auch in Entsehrung, die nicht helfen waren als 1918, und jetzt der entsetzliche Mangel? Por mehreren Wochen wurde in der „Köln. Volksztg.“ von unterirdischer Seite hingewiesen auf die Gefahr, die der Kartoffel droht von Seiten der Kriegsgesellschaften. Ob nicht aber auch elenitw. oder noch mehr zu Grunde gehen durch ungeschick- und ungeschickliche Behandlung bei Versand und Lagerung? Ob nicht manches Stadtoberhaupt ein Viehchen singen könnte von gewissen Kartoffellagern, die der Stadt viel Geld gekostet hätten und nachher noch einmal Geld kosten, um sie in der „Verfertigung“ verschwinden zu lassen. Und wie gang's nicht selten beim Versand? Auf einer Station wurden im ersten Frühjahr, wo es bekanntlich recht kalt war, mehrere Waggons Kartoffeln auf einer anderen fünf Waggons Rüben eingeladen. Wundte jetzt jeder ein, der am anderen Morgen bis auf sechs Grad unter Null s-flogen war. Was wird aus solchen Kartoffeln? Sätze man sie nicht narkotisch, und wenn auch mit Sonderlobohm, in 24 Stunden können? Der antilige Wärfur hat sein Notizbuch in die Tasche; er kocht ja aus dem Staatsfidel bzw. dem des Ammannherbades; ein Privatkaufmann hätte sich in ähnlichen Fällen doch wohl mehr Sorge gemacht; es geht von einem. Wir gehen vor mit neuen Ernte; gebe Gott, einer guten; aber man möge auch zur Einsicht kommen: wie das letzte Mal darf es nicht gemacht werden. Man gehe in diesem Jahre den Weg,

den die Kleinbauern alle und auch manche andere mit weitem Horizont als den einzigen richtigen bezeichnet haben, man gehe die Friedenswege und lasse sich jedem sein Quantum selbst einlagern unter Zugrundelegung eines angemessenen Höchstpreises. Wenn eine dahingehende Erlaubnis reich genug bekannt gegeben wird, so werden auch die armen und ärmsten Kreise in der Lage sein, sich das notwendige Geld zum Einkauf zu verschaffen. Und im äußersten Notfalle könnte ja die Stadtverwaltung auf die zustehende Unterstützung einen Vorstoß geben, der in Raten abgezogen wird. Schlechter als in diesem Jahre kann es nicht werden, aber nach vieler Meinung ganz bedeutend besser. Noch ist es Zeit. Vielleicht schon erlassene Bestimmungen, die in den alten zerfahrenen Gleisen laufen, möge man ruhig dorthin verschwinden lassen, wohin so viele Kartoffeln gegangen sind: „in die Verfertigung.“

(Die Bearbeitung der Kartoffelfelder.) Da in diesem Jahre vielfach Kartoffeln von Nichtlandwirten angebaut werden, so empfiehlt es sich, diesen Feldern besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bekanntlich stellt die Kartoffel große Anforderungen an die Bearbeitung des Bodens, wie sie durch das Zäten, Bekaden, Anhäufeln geschieht. Dadurch wird nicht nur die Verteilung des Unkrautes, sondern auch die Lockerhaltung des Bodens bewirkt. Die Lockerheit des Bodens, die der wachsenden Kartoffel Luft, Wärme und nährstoffreiche Erde darbietet und die Bodenfeuchtigkeit in zweckmäßiger Weise regelt, ist die Voraussetzung für eine reichliche Kartoffelernte. Wichtig ist hierbei besonders die Handarbeit. Die Erfahrung, daß die Kartoffelfelder kleiner Leute oft bessere Erträge als die großer Güter liefern, hat zum großen Teil ihren Grund in der weitgehenden Anwendung der Handarbeit. Keine der wichtigeren Kulturpflanzen ist für die Bearbeitung des Bodens so dankbar wie die Kartoffel und bei keiner ist sie so wichtig wie gerade bei ihr.

Die Zeit der Kartoffelblüte ist da, man steht fast überall auf den Feldern das Kraut im Blütenstadium. Das ist früher als sonst. Im Vorjahre legte die Kartoffelblüte erst gegen Ende Juni ein. In diesem Jahre sind die Kartoffeln also schon weiter. Da der Landwirt von der Kartoffelblüte bis zur Reife der Früchte in der allgemeinen mit einem Zeitraum von höchstens drei bis vier Wochen rechnet, so darf man bei weiter anhaltender warmer Witterung schon in der ersten Hälfte des Juli mit dem Beginn der neuen Frühkartoffelernte rechnen. Die Kartoffeln haben sich kräftig entwickelt.

Das stellvertretende Generalkommando des 2. Armeekorps (Stettin) macht bekannt, daß Kinder bis zu 14 Jahren sich nach 7 Uhr abends nicht mehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufhalten dürfen. Bei Ueberschreitung des Verbotes werden sie festgenommen. Die Polizeihunde für Stettin wird auf 10 Uhr festgesetzt.

Die Ueberhandnahme der Treibriemen Diebstähle macht Maßnahmen erforderlich, die es ermöglichen, den Ursprung von Treibriemen jederzeit feststellen zu können. Den Besitzern von Treibriemen wird deshalb empfohlen, die Treibriemen durch einen von Meter zu Meter aufgesetzten Druck- oder Prägestempel, der die Firma des Eigentümers enthält, kenntlich zu machen.

2. Juni. (Kriegsangelegenheiten.) Dem Betriebsführer der Zech „Königsborn II“, Wilhelm Spicker, wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Anna, 22. Juni. (Landfrauentag für den Landkreis Hamm.) Im Saale des Gasthofs Riemer wurde Mittwoch unter sehr zahlreicher Beteiligung ein Landfrauentag für den

Landkreis Hamm abgehalten, dessen Verhandlungen der wieder aus der Front heimgekehrte Landrat Schulze-Bellum-Hamm mit herzlichem Begrüßungs- und Dankworten für den zahlreichen Besuch eröffnete. Sodann teilte der Landrat mit, daß von der Kriegsamtsstelle Münster Freiherr v. Luadt auf Haus Brügge und Frau Landrat Schulze-Bellum-Hamm zu Kreisvertreterinnen für den Landkreis Hamm ernannt wurden. Nunmehr hielt Frau Baronin v. Ketting zu Borg den angekündigten Vortrag über „Die Einrichtung von Kinderheimen auf dem Lande“. Die Rednerin schilderte in großen Umrissen und leicht verständlicher Weise die Notwendigkeit derartiger Einrichtungen auch auf dem Lande, gab eine kurze Anleitung für ihre Einrichtung usw. Den nächsten Vortrag hielt Winterfeldt-Grüner, welcher eingehend „Landwirtschaftliche Beiträge“ behandelte. Redner behandelte die Getreide- und Kartoffelernte, dabei darauf hinweisend, daß die Kartoffelernte wohl bis Ende September anhalten würde. Es ist in diesem Jahre auch mit einer völligen Beschlagnahme der ganzen Getreideernte einschließlich der Gerste zu rechnen, sowie mit bedeutend tieferen haarktischen Erträgen und Kontrollen in den landwirtschaftlichen Betrieben, als im vergangenen Jahre. Aber auch in den Städten müsse schärfere Kontrolle geübt werden, damit endlich die fünf Millionen Menschen verschwinden, welche nicht existieren, aber trotzdem Verurteilungen beziehen. Redner schloß mit den Worten: „Die Verhältnisse sind sehr schwierig; wenn wir uns aber alle miteinander einschränken, dann werden wir uns auch durch helfen.“ Im Anschluß an den Vortrag machte Landrat Schulze-Bellum noch einige Ausführungen, in denen er die Hauptursache der heutigen mangelhaften Verhältnisse auf den Umstand zurückführte, daß in früheren Jahren wohl Konsumentenpolitik, aber keine Politik für die Erzeugung von Lebensmitteln getrieben worden sei. Leider sei auch die Viehzucht für den Monat Juli wieder erheblich herabgesetzt worden. Die Landwirtschaft habe in der Kriegszeit das geleistet, was sie nur leisten konnte. Redner schloß seine interessanten Ausführungen mit dem eindringlichen Ausspruch: „Durchhalten! — Nerven behalten! — Siegen!“

Anna-Königsborn, 22. Juni. (Verdienstkreuz.) Herrn Fritz Markmann, Obermaterialienverwalter der Aktiengesellschaft „Königsborn“, wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Wiede, 21. Juni. (Milchdieb abgefaßt.) Der Landwirt Heinrich Ruchmann hierseits hatte seit 4 Wochen die Wahrnehmung gemacht, daß seine Kühe, welche sich in der an der Küster Straße gelegenen Weide befinden, von Unbekannten nachts gemolken wurden, ohne daß es gelang, des Täters habhaft zu werden. Doch das Sprichwort: „Der Arge geht solange zum Brunnen, bis er bricht“, bewahrheitete sich auch hier. In der Nacht zum 13. ds. Mts. wurde der Täter auf frischer Tat abgefaßt und steht nunmehr seiner Bestrafung entgegen.

Hohenburg, 21. Juni. Prinzessin Heinrich von Preußen hat am Montag unsere fogenummobene Bergeshöhe und das stolze Kaiserdenkmal besichtigt.

(W) Essen, 21. Juni. Die Kaiserin besuchte gestern vormittag das Reservelazarett in den städtischen Krankenanstalten und die Kleinwohnungsabteilung „Margaretenhöhe“. Der Nachmittag galt einem Besuche des Arnoldhauses für Wächnerinnen auf dem Altenhof, worauf die Kaiserin zum Hotel angetreten wurde.

Mülheim-Ruhr, 21. Juni. (Höchstpreise für Biererfas.) In den letzten Wochen wurde hier in vielen Wirtschaften Biererfas für Bier abgegeben und man ließ sich dafür die gleichen Preise zahlen wie für gutes Bier, obwohl der Herstellungspreis für Biererfas kaum 7 M. für das Hektoliter beträgt. Die hiesige Preisprüfstelle hat nun nach genauer Feststellung des Herstellungspreises angeordnet, daß in Zukunft für Biererfas nicht mehr als 50 Pfg. für ein Liter beim Ausschank in den Wirtschaften gefordert werden darf. Die Wirte müssen durch Ausschank bekannt geben, daß sie Biererfas führen. Ein Vermengen des Bieres mit Biererfas, ein Verschleichen, das auch vielfach sich eingeschleicht hat, ist auf Grund des Nahrungsmittelegesetzes vom 14. Mai 1879 verboten und strafbar. Für Biererfas wurde in manchen Lokalen bisher für 1/10 Liter 35 Pfg., d. i. 1,17 M. für das Liter, also 117 M. für das Hektoliter, gefordert, bei 7 M. Herstellungspreises. Die Brauerei verkaufte Biererfas zu 35 M.

Emmerich, 21. Juni. (Selbstmord.) Bei dem Versuch, die holländische Grenze zu überschreiten, hat sich ein Mann, der verhaftet worden war, erschossen. Es stellte sich heraus, daß der Selbstmörder in Mitleid 180 000 M. unterschlagen hatte. Man fand noch eine große Summe bei ihm vor.

Aus aller Welt.

— Ueber 50 Gebäude niedergebrannt. Die bei Vialitod gelegene Ortschaft Monoswau ist fast gänzlich niedergebrannt. Ueber 50 Gebäude wurden eingeäschert.

— Großfeuer. In dem in der Nähe von Zwinmünde gelegenen Dorfe Rorkwandi brach Mittwoch vormittag Großfeuer aus, dem bis Mittag 3 große Gehöfte zum Opfer gefallen waren.

— 40 000 Mark Geldstrafe wegen Malschiebungen. Die Strafkammer in Bamberg verurteilte den Brauereibesitzer Neuflein aus Memmelsdorf wegen Malschiebungen zu 40 000 Mark Geldstrafe.

— Großer Juwelendiebstahl in Hamburg. In dem Geschäft des Juweliers Eggert in Hamburg ist Sonntag nachmittag ein großer Einbruchsdiebstahl verübt worden, bei dem der Täter Schmuckgegenstände im Werte von 70 000 Mark in die Hände gefallen sind. Der Einbruch ist nach den bisherigen Feststellungen von 3 Männern ausgeführt worden. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Gegenstände ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt worden.

Kamener Zeitung

Volksfreund für Frauen und Jugend verbunden mit der
Märkischen Zeitung

Ämtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der
Geschäftsstelle eingehenden Bedingungen.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage
„Fürs Heim“. Monatlicher Bezugspreis 75 Pf.
durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk.
Verlag der Kamener Zeitung, O. m. b. H.,
in Kamen, Geschäftsstelle Kamen, Westf. 10.
Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausfertigung
telefonisch angegebener Anzeigen wird jede
Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion
verantwortlich: H. Schultze.

Nr. 144 (2. Blatt)

Freitag, den 22. Juni 1917

45. Jahrgang

Industrie und Krieg.

Auf der Jahresversammlung des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller, der während des Krieges die 300. Firma aufnehmen konnte, sprach Reichstagsabg. Dr. Stresemann über „Wirtschaft und Krieg“. Er ging auf die Kriegswirtschaftlichen Verhältnisse ein, wobei er dem Leiter der Kriegswirtschaft, der sich auf einen Krieg von unbegrenzter Dauer eingerichtet und alles beschlagnahmt habe, recht gab. Wenn er damals das beschlagnahmt habe, weil man sie vielleicht einmal als Sandkorn brauchen könne, so habe er gut daran getan. Die Erleichterungen aber, die durch eine Ueberbückung der Staatsbedürfnisse gegenüber dem einzelnen hervorgegangen seien, seien bedauerlich. Mehr noch als bekannte Kreise hätten Kaufleute in Beamtenstellungen sich diese Ueberbückung zuschulden kommen lassen und sich durch Form und Behandlung der Dinge sehr unliebsam von sonstigen kaufmännischen Eigenschaften entfernt. Wir sind aus einem Volk der Organisation und Disziplin zu einem Land der Ueberorganisation geworden, wodurch ein Kampf der einzelnen Ressorts gegeneinander hervorgerufen wurde, der oft die Ausführung unmöglich machte. Diese Art der dezentralisierten Zentralisation habe zum tiefbedauerlichen Niederbruch unserer Ausfuhr geführt. Sehr gefährlich sei auch das vorläufige Nichtige als organischer Entwicklung der Industrie über den Krieg hinaus zu verteidigen. Wenn auch völlige Ueberbückung nach dem Krieg unmöglich sei, so müsse doch die Reichskommission für Ueberbückungswirtschaft sobald wie irgend möglich aufgelöst werden. Zunächst freilich müsse, auch aus Balutätsgründen, die Einfuhr im Zusammenhang mit der Ausfuhr gehalten werden, damit nicht diejenigen, die mit großen Finanzanlagen in Verbindung stehen, alles zu Bucherpreisen zum Schaden des industriellen Mittelstandes an sich reißen. Auch werde wohl eine große Maßnahme durchgeführt werden müssen zur sofortigen Beilegung der gesamten Kriegsanleihe am ersten Friedenstag durch die Reichsbank oder eine andere Anstalt bis mindestens 80 v. H., damit Industrie und Handel nicht für ihren Patriotismus durch geldliche Schwächung hinterher bestraft würden. Wir gingen ungewissheit mit schwerem Gedächtnis in die Zukunft und es sei nichts trüblicher, als den Gedanken des isolierten Wirtschaftskrieges für den Frieden durchzuführen zu wollen; das könne uns nur die schwersten sozialen Erschütterungen bringen. Für unsere Stahl-, Eisen-, Kohlen- und chemische Industrie brauche man freilich keine Angst zu haben. Aber für alle die andern, die als Einzelkämpfer im freien Wettbewerb mit der deutschen Weltmachtstellung gearbeitet und nun nicht als Munitionserzeuger große Gewinne gemacht hätten, komme eine schwere Zeit. Daher sei die erste und größte Friedensforderung, die Sicherung unserer Auslandsforderungen. Man müsse sich auch dagegen bewahren, daß es Leute ohne jede praktische Erfahrung wegen der Industrie in Berlin Vorträge zu halten, wie man den Weltmarkt betreiben müsse. Diese Staatsanwälte der Industrie behaupten, daß die Marke ohne jede Bedeutung sei, daß Reklame und sonstige Werbung Mittel seien usw. Wer Wegweiser sein wolle, müsse doch mindestens die Anfangsgründe kennen; so habe es z. B. wachsende Heiterkeit bei einer Gruppe deutscher Industrieller erregt, die man zu einem Vortrag nach Berlin eingeladen habe, als man von ihnen Zwangsindizierung für die Ausfuhr verlangte, obwohl sie überhaupt niemals ausgeführt hätten. Ein derartiger Dilettantismus der Volkswirtschaft und solche Berliner Wirtschaftskonferenzen seien uns mehr, als alle Pariser Wirtschaftskonferenzen.

Weitere Kriegsnachrichten.

Neue Männer für Belgien.

Nachdem durch Verordnung des Generalgouverneurs in Belgien vom 21. März 1917 Belgien in zwei Verwaltungsgebiete, das flämische und wallonische, zerlegt worden ist, von denen das erstere die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ost- und Westflandern, sowie die Kreise Brüssel und Löwen, das wallonische die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur, sowie den Kreis Nivelles umfaßt, ist durch allerhöchste Order vom 14. Juni 1917 der großherzoglich badische Oberamtmann Schabert zum Verwaltungsgebiet für das flämische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Brüssel und der Präsident der Provinz Hennegau, Prinzl. preussischer Landrat Daniel, zum Verwaltungsgebiet für das wallonische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Namur ernannt worden. Beiden Beamten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit der Rang der Räte erster Klasse verliehen worden. Gleichzeitig ist der Geh. Oberfinanzrat und vortragende Rat im preussischen Finanzministerium Dr. Schammer zum Leiter der Finanzabteilung beim Generalgouverneur von Belgien bestellt worden und ihm für die Dauer seiner Tätigkeit der persönliche Rang der Räte erster Klasse verliehen worden. — Beim Generalgouverneur ist eine Abteilungsstelle eingesetzt worden, zu deren

Leiter der Königl. preussische Landrat Freiherr von Wilmsdorf in Merseburg berufen worden ist. Der für das gesamte Gebiet des Generalgouvernements Belgien bestellte Verwaltungschef Czernik von Sandt wird bis zur völligen Durchführung der Verwaltungstrennung auf dem von ihm seit Anfang September 1914 bekleideten Posten verbleiben.

Der Verrat am schweizerischen Friedensvermittlungsversuch.

(K) Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Dafür, daß es in Rußland und in den Hauptstädten neutraler Länder, wie Stockholm, noch Elemente gibt, denen jede deutsch-russische Annäherung, die zum Frieden führen könnte, zuwider ist, spricht schon die Tatsache der Veröffentlichung der diffamierenden Depesche des Bundesrats Hofmann an die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg. Das Organ Brantings, der Stockholmer „Socialdemokraten“, hat das Telegramm veröffentlicht. Kein Mensch wird glauben, daß das im Interesse des Friedens geschehen sei. Das braucht man Herrn Branting nicht zuzutragen. Es ist ja während der Stockholmer Konferenz auch schon manches geschehen, was im Sinne der Entente gegen den Frieden gerichtet war. Gewisse Beamten der Konferenz sind sehr ententefreundlich und haben in enge Beziehungen zur Entente, daß wie es in einem Artikel der sozialistischen „Internationalen Korrespondenz“ heißt, die Gesandtschaften der Entente fortlaufend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet werden. Die Tatsache selbst kann von niemand bestritten werden, weil die betreffenden Gesandten aus ihrem Wissen schwedischen Kreisen gegenüber kein Geheimnis machen; die Ränke, aus denen die Nachrichten fließen, festzustellen, ist natürlich schwieriger. Da aber die Verhandlungen geheim sind, können nur Indiskretionen in Frage kommen, die den Ententegefeindern im Ausmaß zur Last fallen. Die Rolle, welche der durch sein deutsch-feindliches Verhalten bereits bekannte Nationalrat Grimm gespielt hat, bedarf auch noch sehr der Aufklärung. Wie aus Bern geschrieben wird, meldete die Havas-Agentur aus Petersburg, daß die russische Regierung Beweise besitze, daß der schweizerische Sozialistenführer Grimm ein Agent Deutschlands sei und deshalb ausgewiesen wurde. Hier wird von Havas als Grund für die Ausweisung Grimms ausdrücklich dessen Entlarvung als deutscher Agent durch die russische Regierung angegeben. Schon heute kann man feststellen, daß die Havas-Agentur mit dieser Behauptung einen frechen Schwindel begeht, der den Zweck verfolgt, den Fall Grimm-Hoffmann aus der Schulden der Petersburger Telegramm-Agentur, welches heute die amtliche Ressort dieses Falles darstellt, enthält nämlich wohlweislich keine Silbe über eine, sei es aktive, sei es passive, Beteiligung von irgendeiner deutschen Seite an dem Telegrammwechsel Grimm-Hoffmann, die zu erwähnen man in Petersburg sicher nicht unterlassen hätte, wenn man in der Tat die von Havas behaupteten Beweise hierfür besäße. Dagegen soll nach der russischen amtlichen Darstellung des Falles allerdings Grimm, von den sozialistischen Ministern Jereff und Stobelew um Aufklärung befragt, erklärt haben, das Telegramm des Bundesrats Hoffmann, das dieser zur mündlichen Widergabe an Grimm an die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg gelangt hatte, sei ein Versuch Deutschlands, von Grimm's Aufenthalt in Petersburg für die deutschen Friedensziele Nutzen zu ziehen.

Grimm wird berichtet.

(K) Laut „Vorwärts“ traf in Kopenhagen der schweizerische Nationalrat Grimm aus Petersburg ein und teilte mit, daß er am heutigen Donnerstag eine Erklärung über seine Mission in Rußland veröffentlicht werden werde. Wie der „Vorwärts“ weiter schreibt, hat die russische Sozialdemokratie mit dem Fall Hoffmann-Grimm und allem, was drum und dran hängt, nicht das mindeste zu tun.

Kriegsfeindliche Offiziere in Russland.

„Machtschaja Gazeta“ berichtet unter dem 15. Juni, daß in Petersburg auf Anordnung des Kriegsministers Kerenski insgesamt 20 jüngere Offiziere verhaftet wurden, weil sie offensichtlich antimilitärische Propaganda unter den Soldaten getrieben haben. Am Abend des Tages der Verhaftung wurde das Militärarrestgebäude im Sommergarten von Mannschaften des 2. Infanterieregiments eingenommen. Die gefangenen Offiziere wurden bereit und im Triumph durch die Stadt gebracht. Die Aufrechterhaltung der Stadt dem Militärpalast, wo sie Schmärgungen gegen den Kriegsminister ausstießen. Das selbe Blatt berichtet, daß die politische Agitation der Front weiter im Zunehmen begriffen ist, trotz aller entschiedenen Maßnahmen des Kriegsministers gegen die politische Agitation. Der Eintritt des Generals Dragomiroff ist ebenfalls auf die politische Agitation zurückzuführen. Der Offiziersbund, der mindestens 65 Prozent aller russischen Offiziere umfaßt, sandte als

Protest gegen die offiziersfeindliche Diktatur Kerenski eine Liste dem Kriegsministerium ein, die mehr denn 6000 Offiziersnamen enthält. Die auf der Liste bezeichneten Offiziere fordern ihre Verabschiedung, obgleich Kerenski schwere Straftaten gegen das Einreichen derartiger Militärattestats begangen hat. Sämtliche Militärattestatsaussteller (Regimentärkomitees) der Südwestarmee richteten einen scharfen Protest gegen den Befehl Kerenski, daß die Fronttruppen sich bis auf weiteres an Militärattestats nicht mehr beteiligen dürfen. Wie „Ruski Invalid“ berichtet, hat Kerenski die Forderung der Neuaufrüstung der russischen Armee nach dem Nationalitätenprinzip abgelehnt. Den Litauern, Polen, Esten, Letten und Ukrainern wird anbegehrt, freiwillige Formationen zu bilden. „Pravda“ vom 14. Juni berichtet, daß die Desertationen wieder eine sehr starke Zunahme aufweisen. Kerenski müsse die Erfahrung machen, daß das Mittel noch nicht gefunden sei, freien Menschen den Willen zur Fortsetzung von Verbänden wider die Menschheit aufzuzwingen.

Die Lage in Griechenland.

(TU) Nach Pariser Telegrammen betonen die Alliierten über die Einsetzung einer provisorischen Regierung in Athen unter Leitung der Ententeemächte.

(TU) Weiter meldet aus Athen: Zwischen dem Ministerpräsidenten Zaimis und dem Venizelosführer Vassilis finden Verhandlungen statt über den Eintritt von zwei Venizelisten in das Kabinett. Die übrigen Minister haben erklärt, mit den von Zaimis vorzunehmenden Veränderungen einverstanden zu sein.

Zaimis hat dem Ministerpräsidenten eine Liste von Personen überreicht, die nach der Meinung der Alliierten bei den jüngsten Ereignissen der Entente entgegengekommen hätten. Man wünscht, daß diese Personen gefangen genommen und bis nach Beendigung des Krieges nach einer griechischen Insel verbannt werden. Die Liste soll 50 Personen umfassen.

Die ausgestorbene See.

(W) „Morgenblatt“ und „Tidens Tegn“ melden aus Mandal, dortige Fischer erzählen, daß die Nordsee vor dem Stagerak so gut wie ausgestorben sei. Ein Fischer gibt an, auf einer dreiwöchigen Fahrt in der Nordsee kein einziges Sandelschiff gesehen zu haben, dagegen sei er an einem Tage nicht weniger als sieben U-Boote begegnet.

Eine Generaldirektion für den U-Bootskrieg.

Den Pariser Blättern zufolge wurde im französischen Marineministerium eine Generaldirektion für den U-Bootskrieg geschaffen. Kommandant Morvilleux zu Vigan wurde mit diesem Posten betraut.

Englische Stimmen zum U-Bootskrieg.

(TU) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt am 12. Juni: Der Optimismus, den die Verminderung der englischen Schiffverluste in den letzten 3 Wochen hervorgerufen hat, wird in unrichtigen Kreisen nicht geteilt, denn der Rückgang der Verluste hat seinen Grund hauptsächlich in der Tatsache, daß während dieser Zeit weniger U-Boote in Tätigkeit waren, da viele zum Zwecke der Neuvergrößerung der Flotte außer Acht gelassen wurden. Das hat die Abmilderung der Verluste herbeigeführt. Die Verluste durch die Tatsache bestätigt, daß die Verluste der letzten Woche entschieden schwerer sind als der Durchschnitt der vorangegangenen 4 Wochen. — Viehlich vorsichtig, ja besorgt äußerte sich vor einigen Tagen Kennedy Jones, Generaldirektor des englischen Lebensmittels zu einem Vertreter des Oberhauses: Es hieße alle Lehren des Krieges außer Acht lassen, wollte man den gegenwärtigen Rückgang der U-Bootsaktivität als dauernd ansehen. Die Deutschen haben nie die geringste Neigung gezeigt, still zu sitzen und zuzugucken. Das alles zu Ende ist. Im Gegenteil verbessern sie dauernd ihre Methoden. Was jetzt vor sich geht, ist vielleicht nichts anderes als die natürliche Folge der Tätigkeit im April und Mai, und innerhalb der nächsten Monate kann vielleicht ein neuer Schub in viel schwererem Maßstab begonnen werden. Wir wissen nichts Bestimmtes darüber, wie weit Deutschland die Leistungsfähigkeit seiner Werften dem U-Bootsbau dienstbar gemacht hat.

Der türkische Bericht.

(W) Ämtlicher Bericht vom 19. Juni. An der Kaukasusfront wurde am linken Flügel ein Ueberfall, welchen der Feind in Stärke von etwa 50 Mann verübte, abgelehnt. An der Sinaifront am rechten Flügel gelang es der Artillerie, die feindliche Front zu durchbrechen. In der anderen Front keine Ereignisse.

Das Frauenstimmrecht in England.

(TU) Reuter meldet: Das englische Unterhaus hat im Verlaufe der Erörterungen über

die Wahlrechtsreform das Frauenstimmrecht mit 335 gegen 55 Stimmen angenommen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Zur Unterdrückung der spanischen Unruhen lassen sich verschiedene Blätter melden, daß die gefährliche revolutionäre Bewegung in Spanien überwunden sei. Das Land wolle keine Revolution.

Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, wurde General der Infanterie einer Armee von Blücher der Orden Pour le merite, dem General der Infanterie von einer Armee von Blücher das Großkreuz des roten Adlerordens mit Schwertern verliehen.

(W) Der „Neue Rotterdamse Courant“ meldet aus New York: Man betrachtet den Zwischenfall mit Japan als erledigt und das Mißverständnis als aufgelöst.

Dem „Neuen Rotterdamse Courant“ zufolge berichtet die „Times“ aus Ottawa, daß Kanada einen Lebensmittellieferanten ernannt hat, der sofort nach Washington abgereist ist, um mit Hoover über ein gemeinsames Vorgehen der beiden Länder zu verhandeln.

Westfalen u. Rheinland.

Dortmund, 21. Juni. Ueber den hiesigen Wochenmarkt schreibt die „Dortmunder Ztg.“: Der Markt brachte am Mittwoch eine große Ueberflutung: Witten in der Zeit üppigen Gebührens der Gemüse und des Frühlings und nach außerordentlich günstiger Witterung der letzten Tage war die Zufuhr so schwach, wie man es in Anbetracht der reichlichen Erzeugung und des großen Angebots in den letzten Wochen nicht für möglich halten sollte. Als Ursache dieser unliebsamen Erscheinung muß die seit einigen Tagen eingeführte Festsetzung von Höchstpreisen angesehen werden, die schneller, als es die stärkste Nachfrage erreichen könnte, die Waren vom Markt verschwinden lassen. Trotzdem auch den Erzeugern aus der näheren Umgebung unserer Stadt ein nicht unbedeutender Preiszuschlag (für Transport, Arbeitslohn usw.) zugestanden worden ist, halten diese ihre in Menge gediehenen Erzeugnisse gewaltsam zurück, um durch das infolge dessen eintretende schwache Angebot beim gänzlichen Fehlen verschiedener Marktartikel einen Druck auf die zuständigen Preiskommissionen auszuüben und die Aufhebung oder Erhöhung der festgesetzten Höchstpreise herbeizuführen. Wenn man bedenkt, daß Stielmuscheln zu verschwinden und Zwiebeln lieber in Samen stieben zu lassen, wenn sie den jetzt ebenfalls massenhaft vorhandenen Rhabarber, sowie Stachelbeeren und Kirchen zurückhalten, wenn einige mit ihrem vollbeladenen Wagen bei der Nachricht vom Verkauf nach Höchstpreisen sogar den Markt wieder verlassen haben, weil sie mit den Preisen nicht zufrieden sind, so ist das als eine höchst unpatriotische Handlungsweise zu bezeichnen. Das laufende Publikum ist mit Recht darüber empört und erwartet schnellstes Eingreifen der Behörde, das wohl auch nicht lange auf sich warten lassen wird, freilich nicht in Form der von manchen Seiten, besonders Erzeugern und Händlern, erhofften in ganz anderer Weise, so daß möglichenfalls und bei anhaltendem Zurückhalten der Erzeugnisse auch nötigenfalls Enteignung eintreten wird. Auch das Frühlings- und Frühlings aus dem Rheinland und anderen in Bezug auf Menge und zeitige Entwicklung die unsere übertriebenen Gebenden behaupten die Großhändler nur zu ungeheuerlichen Preisen aufkaufen zu können, infolge dessen die Verkaufspreise an die Kleinhandlender und die Verbraucher unverhältnismäßig hoch gesetzt werden oder aber die Einfuhr unterbleiben müssen. Hoffentlich wird recht bald eine Verringerung der getrennt und heute zutagegetretenen unerträglichen Marktverhältnisse getroffen.

Brackel, 20. Juni. (Lebensmittelvervielfachung.) In der Woche vom 17. bis 23. Juni erg. folgende Lebensmittel zur Ausgabe: 1. Bouillonwürfel; auf jede Warenkarte A 63 = 2 Würfel; 2. Eier; auf jede Warenkarte A 64 = 3 Stück (Eiherhalter ausgegeben); 3. Reis; auf jede Warenkarte A 65 = 250 Gr.; 4. Salzfleisch; auf jede Warenkarte A 66 = 125 Gr.; 5. Sauerkraut; auf jede Warenkarte A 67 = 250 Gr.; 6. Butter; auf W. Schnitt B 20 der Fettkarte 60 Gr. Auslandsbutter; 7. Kartoffeln; Kartoffeln liegen nicht zur Verfügung. Als Ersatz wird Brot ausgegeben, und zwar erhält jede Person nach den neuesten Bestimmungen pro Woche nur noch zwei Brotmarken und dazu noch mindestens 50 Gr. Nahrungsmittel. Diejenigen Geschäftsinhaber, welche eine Kartoffelverteilungsfähigkeit übernehmen wollen, werden nochmals ersucht, ihre Meldung umgehend einzureichen, andernfalls ist nicht mehr berücksichtigt werden können. Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß das Arbeitsmarktsamstag am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend-Nachmittag geschlossen ist. Eine Abfertigung des Publikums findet an diesen Tagen in keinem Falle statt.

des Gehöftes nach befestigten Grabens zettigte gute Ergebnisse. Wir haben zurzeit alle unsere Stellungen, ausgenommen einen Vorsprung von 400 Metern nördlich vom Gehöft, wo sich feindliche Abteilungen noch halten, wieder gewonnen. Der Artilleriekampf blieb sehr lebhaft in der ganzen Gegend zwischen Heurtebise und Gracine. Hiemlich heftige Beschließung unserer vorderen Linien. In der Champagne wurde vormittags der von unseren Truppen nördlich vom Cornillet-Berge errungene Fortschritt unter besonders glänzenden Umständen vervollständigt. Versuch der Deutschen, gegen 3 Uhr die Stellung zurückzuerobern, die wir ihnen am 18. Juni zwischen dem Cornillet-Berg und dem Mond-Berg entrissen hatten, wurden durch unsere Granatwerfer vereitelt, die ihrerseits zum Angriff übergingen und feindliche Abteilungen bis in ihre Ausgangsgräben, deren sie sich bemächtigt hatten, verfolgten. Wir haben so einen Fortschritt von 300 Metern Tiefe in einer Ausdehnung von 600 Metern erzielt. Hunderte von feindlichen Leichen sind auf dem Gelände gelassen.

Der englische Bericht.

(W) Englischer Bericht vom 21. Juni: Der Posten östlich von Mondy-les-Bains, von dem sich unsere vorderen Abteilungen am 18. Juni zurückziehen mußten, wurde von uns die letzte Nacht wieder hergestellt. Nach schwerer Beschließung wurden dreimal Gegenangriffe gegen unsere gewonnenen Stellungen nördlich vom Cornillet-Berg gemacht. Jedemal wurden die angreifenden Truppen völlig abgewiesen.

(W) Weiterer englischer Bericht vom 21. Juni: Feindliche Störtruppen wurden nachts durch unser Feuer südlich der Straße Vapaume-Cambrai, östlich Laventi und bei Lombartz abgewiesen. Eine andere feindliche Abteilung konnte in unsere ersten Linien der Lombartz-Graben eindringen, wurde aber sofort wieder daraus vertrieben. Einige unserer Leute wurden verwundet.

Die Engländer übernehmen weitere Frontteile.

(W) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß englische Truppen den bisher von französischen und belgischen Truppen besetzten Abschnitt der Westfront nördlich von Ypern übernommen haben.

Fliegerbomben auf Nancy.

(W) „Nouvelles de l'Yonne“ berichtet aus Nancy, in der Nacht zum 17. 6. seien von deutschen Fliegern etwa 15 Bomben abgeworfen worden. Der Schaden sei gering, aber 50 Militärpersonen wurden getötet oder verletzt. Bisher betrug die Zahl der Toten 17.

Darum der vierte Kriegswinter.

(W) Der „Nieuw Rotterdamse Courant“ schreibt in der Abendausgabe vom 20. Juni: Zu Sommerbeginn dieses Jahres erstreckt sich in Frankreich noch immer die von den Franzosen so sehr verhasste Frontlinie, da, wo sie sich am Herbstende 1914 bereits befand. Die Engländer und Franzosen geben vor, daß das Kriegsjahr dieses Jahres die Besiegung der deutschen Truppen im Westen gewesen sei, um Rußland vor deutscher Bedrohung zu schützen. Solcher Aufopferung Englands kann man keinen Glauben schenken, denn das wirkliche Ziel der Ententeentsätze war der bewußte Versuch, die deutsche Westfront zu durchbrechen. Dieser Versuch ist völlig mißglückt. Da die Entente trotz aller Anstrengungen allein nicht mit Deutschland fertig wird, erwartet sie von der Hilfe Amerikas alles. Darum also und allein darum muß das neutrale Europa einem vierten Kriegswinter mit seinem Elend entgegensehen.

Der italienische Krieg.

Der österreichische Bericht.

(Amtliche Meldung vom 22. Juni.) In Galizien dauert die gesteigerte Feuer-tätigkeit an. Sonst ist die Lage überall un-
ändert.

Der italienische Bericht.

(W) Italienischer Bericht vom 21. Juni. Weiterhin abend liegen wir im Abschnitt des Colliada-Tales (Montebello) auf dem Rücken des kleinen Lagozout eine mächtige Mine, die durch einen langen, großen Stollen vorbereitet war, springen. Darauf eroberten unsere Alpenjäger, durch Artillerieunterstützung, in hohem Schwung den Gipfel der Höhe 2628 auf dem kleinen Lagozout und errichteten dort sofort eine Verteidigungsstellung. An der Front der Jüdischen Alpen wurden zwei Angriffsbefehle gegen unsere Stellungen bei Rodice und süd-
östlich von Samiano zurückgeschlagen. Lebhafter Feuerkampf des Feindes gegen unsere Höhen südlich von Rodice wurde rasch unterdrückt. In derselben Gegend rücken wir durch einen überraschenden Vorstoß unsere vorgeschobene Linie ein gutes Stück vor.

Der Gesamtverlust der Italiener in den letzten Kämpfen.

(W) Aus dem österreichischen Kriegspress-
quartier wird gemeldet: Nach vorläufigen Nachrichten haben die Italiener bei den noch nicht abgeschlossenen Kämpfen auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden einen Gesamtverlust von 40000 bis 50000 Mann erlitten. Demgegenüber steht als ein-
ziger Gewinnposten der äußerst geringe Raum-
gewinn von 1 km. Breite und etwa 100
Schritt Tiefe auf dem Grenzkanal.

Die italienischen Sozis rechnen mit Deutschlands Vernichtung in 6 bis 7 Monaten.

(W) Die zwei Sozien aus Petersburg in Stod-
holm eingetroffenen italienischen Sozialisten La-
biola und Raimondo erklärten einem Mitarbeiter
von „Mienposten“ gegenüber, daß die italienischen
Sozialisten zwar den Frieden wünschten, aber nicht
auf die Lösung „Ohne Annexionen und Entschädi-
gungen“ eingehen können. Es sei unmöglich, auf
dieser Grundlage einen dauernden Frieden aufzu-
bauen, da ja dann die Kriegursachen von Scha-
bottungen und Trient bestehen blieben würden.
Im übrigen habe man seine Berechnung darauf,
daß Deutschland in 6-7 Monaten voll-
ständig vernichtet sein würde. Rußland
werde keinen Sonderfrieden eingehen, sondern im
Gegenteil eine vervielfältigte Tätigkeit bei seinen
militärischen Unternehmungen entwickeln. — Der
italienische Größenwahn nimmt ganz gefährlich zu.

Aus der italienischen Kammer.

Bojelli berichtete in der letzten Kammer-
sitzung noch von den bekannten Veränderungen im
Kabinett und erklärte, das Marine-
ministerium werde den Kampf gegen die U-Boot-
waffe verstärken. Ein Minister werde die
Propaganda leiten, die einen Verrat an der
geheimen Sache des Vaterlandes verhindern
soll, der darauf abziele, die Latrassen des
Heeres und des Volkes zu schwächen.

Nach Ministerpräsident Bojelli ergriff
Soncino das Wort und erklärte: Seit
meinem letzten Bericht beherrschen zwei große
geschichtliche Ereignisse die internationale Lage,
der Eintritt Amerikas in den Krieg und die
fortschreitende Entwicklung der russischen
Revolution. Die italienische Sache könnte keine
unüberwindliche Barriere darstellen, wie
durch den Eintritt des Volkes, das alles tat,
um den Krieg zu vermeiden. Die Italiener
hätten mit Genehmigung von dem guten Empfang
der italienischen Abordnung in Amerika. Sie
sehen in dieser Begrüßung einen Beweis, daß
Amerika den Wert des Beitritts Italiens in
den Krieg zu schätzen weiß. Die feste Brüder-
schaft schafft ein neues Band zwischen den
beiden Völkern, und es ist der sehr lebhaft
Wunsch Italiens, eng mit der großen ameri-
kanischen Republik im Zusammenhang zu
arbeiten. Der Minister erinnerte daran, daß
Auba und Panama dem Beispiel der Ver-
einigten Staaten gefolgt sind und schloß seine
amerikanische Rede an, die die diplomatischen
Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hätten.
Die italienische Regierung erkannte ebenso wie
die anderen Verbündeten die vorläufige Re-
gierung in Rußland an. Man muß hoffen,
daß das russische Volk in den demokratischen
Grundsätzen das Mittel finden werde, um die
Schwierigkeiten, die seiner politischen Um-
gestaltung anhaften, zu überwinden, und daß
der Völkereinklang die Schlingen des Feindes
erkennen und unwirksam machen wird. Der
Minister schloß die Unabhängigkeit und der
inneren Freiheit Rußlands beruht auf der
Vereinbarung mit seinen Verbündeten hin-
sichtlich der Fortsetzung des Krieges. Italien
nimmt aufrechten Anteil an den
Anstrengungen, die Rußland, seine Schwester-
nation, betreiben haben. Aber schon schied sich
dieses Land an, nach zu nehmen. Italien
ebenso wie seine Verbündeten
fordern die Wiederherstellung von Serbien,
Belgien und Montenegro. Wie jene verlangt
es die Einigung eines unabhängigen Polens.
Zu der allmählichen Frage übergehend, erklärte
Soncino, daß diese eng verbunden sei mit der
jungen des Volkes von Balona und der Frage
der Adria, die eine Lebensfrage für Italien
sei. Italien, fuhr er fort, erämpfte die Un-
abhängigkeit Albaniens. Es hat dabei keine
anderen Ziele, als dieses Land gegen jede
chamige Einmischung zu verteidigen. Albanien
wird sich seiner vollen Rechte erfreuen, um
immer über sich selbst zu verfügen. Italien
wird seine berechtigten Interessen in den in-
ternationalen Versammlungen aufrecht erhalten.
Was die Grenzen Albaniens anbelangt, so
werden sie durch den Friedenskonferenz bestimmt
werden. — Die Erklärung der Regierung-
serklärung soll auf Beschluß der Kammer in
einer Geheimung erfolgen.

Bei Besprechung des Antrages auf Ab-
haltung einer Geheimung in der italienischen
Kammer kam es zwischen Nationalisten und
Sozialisten zu hitzigen Ausbrüchen. Die
Sozialisten nannten die ersten laut „Ver-
logelb.“ bezahlte Agenten Frankreichs, Span-
nierte, Franzosen. Die Nationalisten an-
worteten: Schweigt, ihr Deckerreiter, ihr Deu-
schen! Die italienischen Kriegsparteien haben
im ganzen Lande eine direkte Verfolgung der
Friedensfreunde hervorgerufen. In liberalen
mischen Landstädten wurden mehrere Wander-
redner, als sie auf die Wahrscheinlichkeit eines
dritten Kriegswinters anspielten, durch jana-
tische Frauen mißhandelt.

Die Lage im Osten.

Der Arbeiterrat für eine Offensive.

Dem „Allgemeines Handelsblatt“ wird aus
Stockholm gemeldet: Aus gut unterrichteter
russischer Quelle erfahren wir, daß der Ar-
beiter- und Soldatenrat und die
vorläufige Regierung in Rußland in
einer Zusammenkunft am 21. Juni be-
schlossen hätten, die Offensive auf
der ganzen Front wieder aufnehmen
zu lassen. Das sei die Antwort auf die Be-
mühungen Grims.

Die Kosaken kennen nur den Sieg, keinen Sonderfrieden.

(W) In der ersten Sitzung der Hauptver-
sammlung der Kosakenvertreter ganz Rußlands
nahmen u. a. zahlreiche Mitglieder der Duma
und des Reichsrates teil. In der Eröffnungs-
rede forderte der Vorsitzende Dumamitglied

Saratow die Kosaken auf, ihre eiserne Disziplin
in eine solche von Stahl zu verwandeln. Er
schloß die Rede mit einem Ruf zum Kampfe
gegen den äußeren und inneren Feind. Die
Vertreter des 1. Regiments der Don-Kosaken
orderten Maßnahmen gegen Lenin und andere
Anarchisten, die sie als Verräter und Mörder
der jungen russischen Freiheit bezeichnen,
und forderten die vorläufige Regierung auf,
eine Sonderarmee aus Kosaken zu bilden, die
bereit sei, auf dem Felde der Ehre zu sterben.
Rodzianko erklärte in einer Rede, er wolle
den Kosaken nicht die Schmach an-
tun, von einem Sonderfrieden zu
sprechen, denn die glühende Vaterlands-
liebe der Kosaken kenne nur einen Sieg,
den Weg des Sieges und eines langen, würdigen
Friedens. Der ehemalige Kriegsminister Guri-
low sagte, die Zusammenkunft der Kosaken
bedeute einen Wendepunkt in der Geistesver-
fassung aller Klassen der russischen Gesell-
schaft und gebe ihren Entschluß wieder, bis zum
Ende zu gehen, bis Rußland den Frieden zu-
sammen mit den Alliierten diktieren könne.
Nach verschiedenen weiteren Reden hielten
die Vertreter Frankreichs, Rumaniens, Ser-
biens und Belgiens Ansprachen, die die Ver-
sammlung warm begrüßte und stehend an-
hörte.

Die Anklage gegen den Ex-Zaren.

Aus London meldet „Allgemeines Handels-
blatt“: Der englische Arbeiterdelegierte D.
Gray, der aus Petersburg zurückgekehrt ist,
teilt mit, daß über die Anklage gegen
den früheren Zaren und die ver-
hafteten hohen Beamten öffentliche
Gerichtssitzungen stattfinden werden.
Kerenski habe ihm gesagt, daß bei der Ver-
handlung ein Schriftstück vorgelegt werden
würde, aus dem hervorgeht, daß man
einen Sonderfrieden habe schließen
wollen.

Von den Ereignissen in Rußland.

(bb) Aus Petersburg heißt es in ita-
lienischen Blättern, daß die Friedensbe-
wegung in Rußland immer größeren
Umfang annehme.

Im russischen Ministerium des Inneren
sollen Bitten um energisches Einschreiten
und die Verhaftung Lenins eingelaufen
sein. Der Minister des Inneren habe die
Angelegenheit bereits dreimal im Ministerrat
zur Sprache gebracht. Es sei aber beschloffen
worden, keine besonderen Maßnahmen zu er-
greifen, weil Lenin bisher das Feld der De-
mentenargumente nicht überschritten habe.

Ein großer Teil des Bahndienstes
auf den Strecken Petersburg-Moskau, Mos-
kau-Kursk, und Moskau-Wladikavkaz-Moskau
mußte wegen Streik eingestellt werden.

Die Lage in Griechenland.

(W) Der „Temps“ meldet, daß Benizelos
der englischen Regierung seine Politik infolge
der Ereignisse in Athen in großen Zügen dar-
gelegt hat. Er erklärte sich bereit, die kon-
stitutionelle Monarchie anzunehmen und zu
unterstützen, deren Rechte durch die verfassung-
gebende Versammlung, die, sobald die Umstände
es gestatten, nach Athen berufen werden soll,
genauer bestimmt werden sollen. Seit soll die
Vollmacht vom König Konstantin im Juni 1915
aufgehoben werden wieder zusammenzutreten. Der
Führer der Mehrheit soll die Regierung über-
nehmen. Anzumerken werden zwei oder drei
tatkräftige Mitglieder der Benizelistenpartei in
das Kabinett eintreten.

Keine Republik Griechenland.

(TU) Die „Baker Nachrichten“ melden aus
London: Valfour sagte im Unterhaus, die
Schugmächte hätten sich vorläufig verpflichtet,
die griechische Monarchie aufrechtzuerhalten.

Die Ententeheerschaft in Griechenland.

(bb) Nach Meldungen Pariser Blätter aus
Saloniki sollen italienische Truppen im
Epirus bis nach Samaria vorgezogen
sein und die griechische Bevölkerung durch Ein-
geborne türkscher und albanischer Nationalität
erjagt haben.

(W) „Temps“ meldet aus Saloniki, daß
Bereits von einer französischen
Abteilung besetzt worden sei. Die
griechischen Truppen und die Gendarmerie
hätten sich zurückgezogen.

(bb) Wie die „Times“ aus Athen meldet,
ist die erste Gruppe der Deutschfreunde,
die aus Griechenland verbannt
wurden, im Piräus eingetroffen. Der Vor-
sitzende des Referatskomitees, ein gewisser
Zachas, sei gemeinsam mit einer Gruppe von
deutschen Staatsangehörigen auf dem Hafen-
quai des Piräus an gestellt worden, wo sie
bis zu dem Augenblick des Vorübergangs von
französischen Soldaten mit aufgeschlepptem
Seitengewehr umringt worden seien.

Den griechischen Generalen Du-
manis und Metaxas wurde die Messe nach der
Schmerz verweigert. Sonntags soll beschließen,
sie vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Die englischen Eisenbahner gegen den Militarismus und für den Frieden.

(W) Der Nationalverband der englischen
Eisenbahner veranstaltete am 17. Juni im Hyde-
Park eine große Kundgebung gegen die Aus-
beutung der Grundzüge der Gesellschaften und
gegen die industrielle Revolution, zugunsten
eines dauernden, der Selbstbestimmung
vom Juche des Militarismus be-
freienden Friedens. Der General-
sekretär des Verbandes, Thomas, führte aus,
die Lebensmittelpolitik in England sei ein
öffentlicher Skandal. Die zunehmende Ver-
teuerung des Lebensunterhalts sei un-
erträglich mit den bedeutenden Ge-
winnen, welche die Bilanzen der Ge-
sellschaften aufwiesen. Valfour ver-

sicherte auf einer Ausstellung für pazifische
Lebensmittelwirtschaft in Galienham am 16. Juni:
Deutschland kann uns nicht aushungern. Daran
schloß er aber folgende Ausführungen: Man
soll nicht in den Fehler verfallen, anzunehmen,
daß die Tätigkeit der Tauchboote abnehme.
Bestere suchen sich jetzt Schiffe von größerem
Raumgehalt aus, was in der amtlichen Ver-
lautbarung nicht zum Ausdruck kommt. Wie-
wohl die Handelschiffe jetzt fast alle bewaffnet
und häufig imstande seien, Tauchbootangriffe
abzuwehren, seien die Verluste andauernd ernst,
und es sei keineswegs unmahrscheinlich, daß
der Juni eine schlimmere Zahl aufweisen werde
als der Mai. Wenn England, den Krieg ge-
winnen wolle, seien drei Dinge nötig: Ver-
größerte Erzeugung, vermindelter Verbrauch
von Lebensmitteln und vor allem sparsames
Haushalten damit. Redner führte aus: Die
von der Unmoralität zunehmende unbedingte
Verordnung von Getreideverpflichtungen er-
reichte demnach ihr Ende: selbst Spezialschiffe
für Getreideverkehr wären leger für den Ge-
treideexport herangezogen worden, was be-
träglich einer der Gründe für die hohen Preis-
steigerungen sei. Die Regierung laufe wäh-
rend der letzten Wochen Weizen und Jucker
zu höheren Preisen ein, als zu denen, die im
Kleingehalt dafür verlangt würden. Eine
Verbesserung des Judenmarktes ist nicht erwar-
tbar. Vor zwei Monaten seien innerhalb 10 Tagen
40000 Tonnen Jucker versandt worden. Valfour
betonte, während des weiteren Verlaufes des
Krieges werde England mehr und mehr auf
die in der Heimat erzeugten Nahrungsmittel
angewiesen sein. Keinerlei Nahrungsmittel werde
während der Wintermonate für Futtermittel
verfügbar sein, nur die Hälfte der üblichen
Mengen für Arbeitspferde.

Der neue ungarische Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus.

(W) In der gestrigen Sitzung des ungarischen
Abgeordnetenhauses ist das neu gebildete Mini-
sterium (Esterhazy zum ersten Male erschienen).
Die Abgeordneten waren fast vollständig an-
wesend, die Galerien zum Erdrücken voll.
Graf Moriz Esterhazy ergriff unter
großer Spannung das Wort und sagte: Die
Grundlage des Kabinetts bildet die Wahl-
reform. Da der Wunsch der vom Wahlrecht
ausgeschlossenen Massen mit dem auf ver-
fassungsmäßigem Wege kundgegebenen Wunsch
des Königs zusammenfällt, kann selbst die
konservative Auffassung nicht die Notwendig-
keit einer sich auf die breiten Schichten des
Volkes erstreckenden Wahlreform bestreiten.
Die Altersgrenze für das Wahlrecht wird auf
24 Jahre festgelegt; jedoch werden Frontkämpfer,
die das Wahlrecht besitzen, auch unter dieser
Altersgrenze das Wahlrecht haben. Die Wähler
müssen von Amts wegen in Wählerlisten auf-
genommen werden. Die Reinheit der Wahlen
wird durch das Verbot der Zahlung von Reises-
kosten, Verpflegung der Wähler und durch das
Verbot des Tragens von Abzeichen oder Fahnen
gesichert. Wir hoffen, daß die gegenwärtige
formale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die
Schaffung dieser unerläßlichen Reform nicht
verhindert. Sollten wir uns in dieser Posi-
tion räumen, so würden wir genötigt sein,
Reinhalten anzugreifen. Der Ministerpräsident
entwidelte sodann eingehend sein Programm der
Kampfsorge für die Kriegswunden, Kriegs-
waisen und -waisen, ferner die Grundlagen
der Sozialpolitik. Bezüglich des Ausgleichs
mit Österreich erwähnte er, seine Re-
gierung habe diesen schon vorgefunden, und auf
dieser Grundlage würden die schon im ver-
gangenen Jahre mit Deutschland begonnenen
Verhandlungen fortgesetzt werden. Die Rege-
rung beabsichtigt, die endgültige Erledigung
des Ausgleichs dem zukünftigen Reichstage vor-
zubehalten, falls nicht von dem Willen der
Regierung unabhängige Umstände frühere Maß-
nahmen unvermeidlich machen würden. Be-
züglich der auswärtigen Lage sagte
Esterhazy, er befände sich nach Rücksprache mit
dem Minister des Äußeren mit diesem in vollem
Einvernehmen. Auch die neue Regierung halte
an dem langverehrten engen Bündnis mit
Deutschland, sowie an den im Kriege ge-
schlossenen, aber, wie er hoffe, zu langer Dauer
bestimmten Bündnissen mit der Türkei und
Bulgarien fest und wisse sich dabei der
vollen Zustimmung des Hauses sicher. Mit
Verleugung könne er die günstige mili-
tärliche Lage feststellen, die sich bei der
jüngsten heftigen Abwehr der italie-
nischen Offensive, bei der auch un-
garische Truppen ihre Tapferkeit bewähr-
ten, gezeigt habe. Gestade das Bewußtsein
unserer Stärke, schloß der Ministerpräsident,
geleitet uns, ohne schwächlich zu erscheinen,
an der von uns und unseren Verbündeten kun-
gegebenen Bereitwilligkeit zu einem
für uns und unsere Gegner anneh-
baren Friedensschluß festzuhalten
(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Die unaufgelöste österreichische Ministerkrise.

(W) Die heutige „Wiener Zeitung“ ver-
öffentlicht das nachstehende allerhöchste Hand-
schreiben:

Mein lieber Graf Clam-Martini. In
Billsatzung Ihrer Bitte gewähre ich in Ein-
stimmung mit dem Kaiserlichen Hofrat
samtministeriums und beauftrage Sie und die
Mitglieder des bisherigen Kabinetts, bis zur
Bildung eines neuen Ministeriums die Amts-
führung fortzusetzen.

Der Zwischenfall der Schweiz.

(W) Die Schweizerische Depeschagentur
meldet: Der Bundesrat beschloß, den Ge-
sandten Olier aus Petersburg zur
mündlichen Berichterstattung zu be-
rufen.

**Bruch-
heilung.**
Habenicht-Methode Köln.

ohne
Operation
ohne
Beratung
ohne
schmerzhaftes
Einspritzung
auf
natürlichem Wege

Spezial-Arzt Dr. med. Bäumges.

Haupt-Institut: Köln a. Rh., U. Sachsenhausen 16. — Sprechstunden: Sonntag, Montag, Dienstag von 9-1 Uhr.

Bielefeld, Kaiserstrasse 39
Geöffnet jeden Sonntag 9-1 Uhr.

Prospekt, 300 Adressen Geheilter aus fast allen Gegenden, sowie die aufklärende Schrift über die „Habenicht-Methode“ wird
1141

Ferner Spezialbehandlung in:
Dortmund, Königswall 78
Geöffnet jeden Dienstag 9-1 Uhr.

Hannover, Alte Cellerheerstrasse 62
Geöffnet jeden Sonntag 9-1 Uhr.

Die Anwendung des Verfahrens ist sehr einfach und erfordert täglich 1 Minute Zeit.
Bruchleidenden auf Wunsch vom Haupt-Institut Köln, U. Sachsenhausen 16, kostenlos zugesandt.

8220

Westfa

Ramen,
wieder ein-
Bienenkönig
in nächster
sich. Zugel-
wies abgelo-
donig für m-
Abbruch folch
empfehlen.

(Ein we

Der Deutman
Schäfer
auf dem
Eiferne
selbe wurde
mande mit
lich angeheft
tage rückte
unsern Erbe
seinem Teil
verlantes Oh
sen und Sch
auch mitgefo
lendes Borbi
letzen Durch
ganz besond
wurde er mit
Wäge der ju
Beherberuf
das Kreuz

Der über

Dortmund (C
auf die dur
Kronenturs
flüchten bei
oder 6. ungo
res durch di
reichlich-ung
Aufsenstraße

Der Me
Landbesitzer
ging nun in
die Niederst

Über den

darau

Der Bun

Gefeseg über
wirtschaftliche
(Reichsgefehle
lassen:

§ 1. Die

bison, Dotter,
Ernie genom
Kriegsangehör
Fette, 6. m

Dies gilt

1. für den
ordnung-
ausgefan-
2. bei den
treten in
selben
übersteh-
fließ De
Doppel-
3. für die
triebese
Börse
4. für die
gültigkei
werden;
5. bei Mo
rungs-
rungs-
§ 2. R

Kalenderbericht
Beginn eines
Mengen getr
Nennung des
gen. Die V
jeden Kalen
Gleichge

Grund des
werden.

Die V
§ 1 Absatz
§ 3. D
ihm nach §
angemessen

Der R
reigen: bei
bei Mähren
Ganfsamer
Der R
zur Abnah
handeln.

§ 4. D
schuß anzu-
Zuierung be
zwei Wochen
preis vom 1
über den je
für denmal
lauf der Z
Bergütung,
dem Zeitpunkt
die Gefahr
fälligen Wer
über. Der
weisung des
treffen, in
Zeitpunkt d
falle hat e

§ 5.
ausführ ge
die zuständ
endgültig
festen Ge-
waltragsbe-
Wulager d
Beilegung
Zeit des
Der Verh

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 23. Juni. (Verfälschtes.) Die wieder einsetzende spekulative Preissteigerung in Bienenhonig wird es voraussichtlich nötig machen, in nächster Zeit Höchstpreise für Honig festzusetzen. Zugleich sollen alle bisher über Höchstpreis abgeschlossenen Verträge über Lieferung von Honig für nichtig erklärt werden. Voricht bei Abschluss solcher Verträge ist also schon jetzt zu empfehlen.

(Ein weiterer Heldentat unserer Stadt.) Der Leutnant und Kompanieführer Moritz Schäfer von hier, Schlachthofstraße, erhielt auf dem westfälischen Kriegsschauplatz das Eisenerz Kreuz erster Klasse. Das selbe wurde ihm von seinem Regimentskommandeur mit anerkennenden Worten persönlich angedeutet. Am zweiten Mobilmachungstage rückte er mit jugendlichem Mute gegen unsere Erbfeinde aus, stolz darauf, auch an seinem Teil zu nehmen zu können für das Vaterland. In vielen Kämpfen und Schlachten des Westens hat er denn auch mitgefochten und war stets ein leuchtendes Vorbild für seine Kameraden. In der letzten Durchbruchschlacht bei Arras bewies er ganz besondere Tapferkeit und dieserhalb wurde er mit dem hohen Orden ausgezeichnet. Möge der junge Held, der in Orléans den Heldentod fand, glücklich heimkehren und das Kreuz in langen Friedensjahren tragen.

Der Österreichisch-ungarische Hilfsverein in Dortmund (G. B.) weist auch an dieser Stelle auf die durch den gegenwärtigen niedrigen Kronenkurs sich ergebenden günstigen Ausblick bei Zeichnung der 6. Österreichischen oder 6. ungarischen Kriegsanleihe hin. Näheres durch die Inserate und durch das Österreichisch-ungarische Konsulat in Dortmund, Luisenstraße 10.

Der Regen, der von allen Garten- und Landbesitzern mit großer Sehnsucht erwartet wurde, ging nun in reichlichem Maße nieder. Während die Niederschlagsmenge durchschnittlich im ganzen

Monat 70-80 Millimeter betrug, brachte allein das Gewitter am Donnerstagabend eine Niederschlagsmenge von 108,4 Millimetern.

(Erhöhte Eierpreise.) Nach einer landwärtlichen Anordnung sind jetzt im Landkreise Kamen die Eierpreise erhöht worden, und zwar um 5 Pf.

(Endkämpfe im Westwall.) Am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, fielen auf dem Hindenburgplatz an der Weddinghofstraße die Endkämpfe im Westwallen statt. an denen die gesamten Jugendkompanien des Landkreises Kamen teilnahmen. Während der Übungen wird die Kapelle des Herrn Herzog konzertieren. Eltern und Freunde der Jungmänner werden zum Besuch der Veranstaltung freundlichst eingeladen. Der Zutritt ist für jedermann frei. Es wird aber gebeten, den Anordnungen der Aufsichtsführenden in Bezug auf das Verhalten der einzelnen Übungsstellen willig Folge zu leisten.

Es ist Eisenerz Zeit!
Bringt Euren Goldschmuck der Goldankaufsstelle.
Die hiesige Goldankaufsstelle befindet sich im Rathaus und ist jeden Donnerstag vormittags von 10-12 Uhr geöffnet. 1071

Kamen, 23. Juni. (Schöffengericht.) In der am Donnerstag, den 21. Juni 1917 stattgehabten Schöffensitzung, in der Herr Amtsgerichtsrat Kneer den Vorsitz führte und Herr Oberstadtschreiber Hoyer als Amtsanwalt die Anklage vertrat, wurde in vier Sachen verhandelt.

Wegen Betruges war der Bergmann R. Sch aus Kamen angeklagt. Sch hatte sich im April d. Js. in dem Grubenbetrieb der Schachtanlage „Grillo“ in Kamen dadurch einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen gewagt, daß er von dem zur Förderung bestimmten Förderwagen einer fremden Kameradschaft die daran befindlichen Nummern lösche und dafür die Nummern seiner Kameradschaft daran befestigte. Da diese Unnummerierung in letzter Zeit überhand genommen hatte und stets in zunehmender Anzahl zum Nachteil anderer Kameradschaften geschah, so verhängte das Gericht eine

gütliche Festsetzung des Lebernahmepreises zu liefern, der Kriegsausgleich vorläufig den von ihm für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Lieberfassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag des Kriegsausgleichs durch Anordnung der zuständigen Behörde auf ihn oder die von ihm in dem Antrag bezeichneten Personen übertragen. Die Anordnung ist an den Besitzer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 6. Die Zahlung erfolgt spätestens vierzehn Tage nach Anahme. Für freigelegte Restbeträge beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Entschädigung der höheren Verwaltungsbehörde dem Kriegsausgleich zugeht.

§ 7. Der Kriegsausgleich hat für die alsbaldige Bearbeitung der überbrachten Deliktur zu sorgen. Er hat das gewonnene Del nach den Weisungen des Reichslanzlers abzugeben. Für die bei der Deliktur entfallenden Deliktur und Deliktur sind die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 28. Juni 1915 (Reichsgesetzblatt S. 399) maßgebend.

§ 8. Der Kriegsausgleich untersteht der Aufsicht des Reichslanzlers.

§ 9. Der Reichslanzler erläßt die Vorschriften zur Ausführung dieser Verordnung. Er kann Ausnahmen gestatten und die Vorschriften dieser Verordnung auch auf andere als die in § 1 genannten Deliktur ausdehnen.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde oder als zuständige Behörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft:

1. wer Deliktur, zu deren Lieferung er nach § 1 verpflichtet ist, beseitigt, zerstört, veräußert, veräußert oder an einen anderen als den Kriegsausgleich liefert;

2. wer eine ihm nach § 2 Absatz 1 obliegende Anzeige nicht in der gesetzlichen Frist erstattet oder wer wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;

3. wer der Verpflichtung zur Aufbewahrung und pflichtmäßigen Behandlung (§ 3 Absatz 2) zuwiderhandelt;

4. wer den nach § 9 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

§ 11. Diese Verordnung findet auch Anwendung auf Deliktur, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung in das Reichsgebiet eingeführt worden sind. Sie findet gleichfalls Anwendung auf Deliktur, die künftig aus dem besetzten Gebiete des Auslands eingeführt werden. Der Reichslanzler kann ihre Vorschriften ausdehnen auf Deliktur, die aus dem übrigen Auslande eingeführt werden.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichslanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Berlin, den 15. Juli 1915.

Der Stellvertreter des Reichslanzlers: Deibitz.

Die Anzeigen gemäß § 2 haben schriftlich an mich zu erfolgen und müssen die Angaben enthalten: Menge in Kilogramm, nächste Station (Verladestation), Namen und Adresse des Lieferungsgehaltigen, von wann an ist der Lieferungsgehaltige zur Lieferung bereit.

Kamen (Westf.), den 15. Juni 1917.

Der Königliche Landrat: Schulze-Pestum.

Veröffentlichung. 1530

Kamen, den 21. Juni 1917.

Die Ortsbehörde. S. B.: Moeninghoff, Stadtrat.

Eine leichte Schiebbarre

Braunledernes Zigarrenetui

mit 3 Bildern auf dem Wege von Nordstraße, Markt bis Weichstraße verloren.

Gegen hohe Belohnung abgegeben. 1490

Weichstr. 4. 1. Gta.

la. Tinten

haben in der Buchhdlg. der Kamenen Ztg.

Clemens Scheer, Weststraße 44.

1516

1466

hoch, daß sie Anzeige erstattete. Die Dortmunds Strafkammer setzte Dillberg 9 Monate hinter die schwebenden Gerichte, zu welcher Zeit er Gelegenheit hat, über seine Strafe nachzudenken.

Redaktionsbriefkasten.
Frau A. Kamen. Ihr Bräutigam kann die Stelle kündigen. Sollte ihm der Abschied verweigert werden, muß er sich an den zuständigen Schlichtungsausschuß wenden. Wir glauben aber, daß sich der Stellungwechsel auf gutem Wege eher erreichen läßt, und empfehlen einen Antrag bei der Gesellschaft.

Zahrmärkte.
Erklärung der Abkürzungen.

A. bedeutet Frommert; B. = Bismarck; C. = Kamen; D. = Kamen; E. = Kamen; F. = Kamen; G. = Kamen; H. = Kamen; I. = Kamen; J. = Kamen; K. = Kamen; L. = Kamen; M. = Kamen; N. = Kamen; O. = Kamen; P. = Kamen; Q. = Kamen; R. = Kamen; S. = Kamen; T. = Kamen; U. = Kamen; V. = Kamen; W. = Kamen; X. = Kamen; Y. = Kamen; Z. = Kamen.

Montag, 25. Juni: Kirchellen A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 26. Juni: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 27. Juni: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Donnerstag, 28. Juni: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Freitag, 29. Juni: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Sonntag, 30. Juni: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Montag, 1. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 2. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 3. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Donnerstag, 4. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Freitag, 5. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Sonntag, 7. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Montag, 8. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 9. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 10. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Donnerstag, 11. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Freitag, 12. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Sonntag, 14. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Montag, 15. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 16. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 17. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Donnerstag, 18. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Freitag, 19. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Sonntag, 21. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Montag, 22. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 23. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 24. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Donnerstag, 25. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Freitag, 26. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Sonntag, 28. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Montag, 29. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 30. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 31. Juli: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Donnerstag, 1. August: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Freitag, 2. August: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Sonntag, 4. August: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Montag, 5. August: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Dienstag, 6. August: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.

Mittwoch, 7. August: Bismarck A., Bismarck B., Bismarck C., Bismarck D., Bismarck E., Bismarck F., Bismarck G., Bismarck H., Bismarck I., Bismarck J., Bismarck K., Bismarck L., Bismarck M., Bismarck N., Bismarck O., Bismarck P., Bismarck Q., Bismarck R., Bismarck S., Bismarck T., Bismarck U., Bismarck V., Bismarck W., Bismarck X., Bismarck Y., Bismarck Z.



Heute morgen 5 Uhr ist unsere gute Mutter,
Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Frau Rentner
Diedr. Mawick**

Auguste geb. Schäckermann

im Alter von 76 Jahren sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie C. Kovert.

Siegburg und Methler, den 21. Juni 1917.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni,
nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause aus in **Methler**
statt. 1539

**Evang. Arbeiterverein
(c. 8.)
KAMEN.**

**Sonntag, d. 24. Juni,
nachmittags 5 Uhr,
im Vereinslokal:**

Monatsversammlung.

Tagesordnung:

1. Zahlung der Beiträge.
 2. Verschiedenes. 1545
- Der Vorstand.**

**Raninchenzucht-Verein
Kamen.**

**Sonntag, d. 24. Juni,
abends 7 Uhr,
im Vereinslokal: 1542**

**Versammlung
Der Vorstand.**

**Münthe.
Mutterberatung**
findet nächsten Dienstag
nachmittag statt.

Kirchliche Nachrichten.

Größere evang. Gemeinde.
Sonntag, d. 24. Juni.
8 Uhr: Früh-Gottesdienst.
Pastor Gieseler.

10 Uhr: Haupt-Gottesdienst.
Pastor Gieseler.
2 Uhr: Kindergottesdienst.
3 Uhr: Taufen.

**Evang.-lutherische Gemeinde
Fernsprecher 267.**
Sonntag, den 24. Juni.
Morgens 10 Uhr: Gottesdienst
Pastor Gwald.
11 1/4 Uhr: Kindergottesdienst.
12 1/4 Uhr: Taufen.

Evng. Gemeinde Bergkamen.
Sonntag, den 24. Juni.
9 1/4 Uhr: Gottesdienst.
10 1/4 Uhr: Kirchentafel.
11 1/4 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag 8 Uhr: Kriegsanacht.

**Gottesdienst der evgl.
Gemeinde Münthe.**
Sonntag, den 24. Juni.
9 Uhr: Missionar Gatsch.
10 Uhr: Kindergottesdienst.
10 1/4 Uhr: Taufen.

Werne.
9 1/4 Uhr: Pastor Gotsch.
10 1/4 Uhr: Kindergottesdienst.
11 1/4 Uhr: Taufen.
Mittwoch, den 27. Juni.
Nachmittags 3 Uhr: Versamm-
lung des Frauenvereins Werne.



Nachruf.

Am 12. Juni enthiess uns das herbe
Schicksal wiederum ein neues Mitglied. In-
folge seiner auf dem Felde der Ehre erlittenen
schweren Verwundung starb unser Turnge-
nosse, der

Unteroffizier

Fritz Broch

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

Wir werden auch ihm ein treues An-
denken bewahren. 1538

Der Turnverein zu Kamen.

Bekanntmachung

über das Schlachten von Tieren.

Vom 2. Juni 1917.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des
Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu
wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914
(Reichsgesetzblatt S. 327) folgende Verordnung er-
lassen:

§ 1. Beim Schlachten von Rindern, einschließlich
der Kälber, von Schafen und Ziegen darf der Hals-
schnitt (Schächtschnitt) nur beim rituellen Schlachten
durch die hierzu bestellten Schlächter angewendet wer-
den. Im übrigen ist der Halschnitt verboten.
Auf Notschlachten, bei denen die Zugabe
eines Schlächters nicht möglich ist, findet das Verbot
des Absatzes 1 keine Anwendung.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung
werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit
Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser
Strafen bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der
Verkundung in Kraft. Der Reichsanwalt bestimmt den
Zeitpunkt des Außerkräfttretens.
Berlin, den 2. Juni 1917.

Der Stellvertreter des Reichsanwalts: Dr. Helfferich.

Veröffentlicht.

Kamen, den 21. Juni 1917.

Die Ortsbehörde. J. B.: Mönninghoff, Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Ablieferung von Aluminium hat von
Montag, den 25. Juni bis Sonntag, den
30. Juni 1917 zu erfolgen.

Sammelstelle: Saal des Wirtes Jordan,
Dijkstraße 9.

Gedöfnet 4-6 Uhr nachmittags.
Wer nicht rechtzeitig abgibt, macht sich straf-
bar. 1520

Kamen, den 20. Juni 1917.

Die Ortsbehörde. J. B.: Mönninghoff, Stadtrat.

Bureau-Bedarfsartikel

zu haben in der Buchhandlung der „Kamener Zg.“

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armee-Korps vom 3. März
1917, betr. **Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung** der bei
öffentlichen und privaten Bauwerken zu **Bleich-Schutzhäusern und zur Bedachung ver-**
wendeten Kupfermengen einschl. kupferner Dachrinnen, Abfallrohre, Fenster- und
Gefimsabdeckungen, sowie einschl. der an **Bleich-Schutzhäusern** befindlichen **Platinteile**.

Gemäß § 7 der genannten Verordnung werden
folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

§ 1. Beauftragte Behörde für die Stadt Kamen
ist die Ortsbehörde Kamen.

§ 2. Für die Ablieferung kommen in Frage:

A. **Alle Kupfermengen**, wenn auch verzinkt oder
mit einem anderen Ueberzug versehen, die bei fol-
genden Bauteilen verwendet sind:

Gruppe 1. Dachflächen, Fenster- und Gefims-
abdeckungen, Abdeckungen von vorgebauten Dach-
fenstern und Dachlufen, Attiken vor Dachrinnen, alles
in einfacher Ausführung und von einfacher Form.

Gruppe 2 wie Klasse 1, jedoch in komplizierter
(fassettierter, ornamentierter und getriebener) Ausfüh-
rung und von komplizierter Form.

Gruppe 3. Dachrinnen und Abfallrohre.

Gruppe 4. Montierte Bleichschutzhäuser.

B. **Alle Platinteile** von montierten Bleichschutzhäusern.

Ausgenommen von der Meldung und Abgabe
sind alle vorgenannten Kupfermengen, welche sich
befinden:

a) in Anlagen, deren Herstellung oder Anbrin-
gung vor dem Jahre 1850 erfolgt ist;

b) an physikalischen u. dergl. Instituten, bei
denen wegen der magnetischen Strömungen
Eisen für den Bau überhaupt ausgeschlossen
und Kupfer verwendet wurde;

c) an Bleichhäusern.

§ 3. Von der Verordnung werden betroffen:
alle Besitzer von Bauwerken, bei denen Kupfer be-
ginnt gemäß A und B des § 2 angebracht ist.

§ 4. Die Bestandsmeldungen der beschlagnahmten
Gegenstände haben unter Verwendung der vorge-
schriebenen Meldeformulare, welche auf dem hiesigen
Stadtbauamt, Zimmer Nr. 17, zu haben sind, in
der Zeit vom 1.-15. Juli ds. Js. bei der Orts-
behörde zu Kamen zu erfolgen.

§ 5. An Hand der gemäß § 4 dieser Anwei-
sung erstatteten Meldungen wird die Ortsbehörde
jedem einzelnen von der Verordnung Betroffenen
eine Anordnung, betr. Uebertragung des Eigentums
an den beschlagnahmten Kupfer- und Platinnengen
auf den Reichsmilitärverwalter, mit gleichzeitiger Auf-
forderung zur Abgabe dieser Gegenstände zu einem
bestimmten Termine an der angegebenen Sammelstelle
zustellen. Die Abnahme der Kupfer- und Platin-
mengen ist zwar vorzubereiten, sie hat aber nicht
vor Eingang dieser Eigentumsübertragung bei dem
Betroffenen zu beginnen.

§ 6. **Sammelstelle:** Mamperei Kumpff, Dijkstraße.
Der Ablieferer hat bei der Ablieferung die
genaue Adresse des Eigentümers der abgelieferten
Kupfer- oder Platinnengen anzugeben.

Personen, die mit den festgesetzten Uebernahme-
preisen einverstanden sind, wird ein Auerkennnis-
schein ausgestellt, aus dem das Gewicht der abge-
lieferten Kupfer- oder Platinnengen, der Uebernahme-
preis, die genaue Adresse des Eigentümers und die
Zahlstelle hervorgehen. Auf Grund des Auerkenn-
nisscheines wird der darin festgesetzte Betrag als-
bald ausgezahlt, es sei denn, daß über die Person
des Berechtigten Zweifel bestehen. Ergibt das
Grundbuch, daß das Grundstück mit Rechten Dritter
belastet ist, so erfolgt die Auszahlung nur mit deren
Zustimmung, andernfalls nur zur Wiederherstellung
des Daches und nur nach Verhältnis des Fort-
schreitens der neuen Eindeckung. Durch die Annahme
des Auerkennnisscheines oder der Zahlung gilt das
Einverständnis mit dem festgesetzten Uebernahmepreis
als bindend ausgesprochen.

Falls der Ablieferer sich mit dem festgesetzten
Uebernahmepreis nicht zufrieden geben will, hat er

dies bei der Ablieferung ausdrücklich zu erklären.
Es wird dann durch die Ortsbehörde ein Uebernahme-
preis nach § 8 der Bekanntmachung Nr. 200/1.
17. berechnet werden. Hierfür sind Rechnungsbelege
beizubringen. Erklärt der Ablieferer sich hiernit nicht
einverstanden, so wird ihm an Stelle des Auerkenn-
nisscheines eine Quittung ausgestellt, aus der die
Gruppe und das Gesamtgewicht der abgelieferten
Kupfer- oder Platinnengen hervorgehen. Der Antrag
auf endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises ist
von dem Betroffenen dann unmittelbar an das Reichs-
schiedsgericht für Kriegswirtschaft, Berlin W 10,
Viktoriastraße 34, zu richten. In dem Antrage ist
anzugeben, wann und von wem die Kupfer-
und Platinnengen abgeliefert worden sind und von wem
die Abnahme ausgeführt wurde. Ferner sind nach
Möglichkeit Rechnungsbelege, Zeichnungen oder Photo-
graphien beizufügen.

Durch die Zuanpruchnahme des Reichsschiedsge-
richts erleidet die Ablieferung keinen Aufschub.

Denjenigen Personen, die sich nachträglich mit
dem Uebernahmepreis einverstanden erklären, wird die
Quittung gegen einen Auerkennnisschein umgetauscht.
Der anerkannte Betrag wird ausgezahlt.

§ 7. Wer die übereigneten Kupfermengen nicht
innerhalb der in der Enteignungsanordnung vorge-
schriebenen Zeit abgeliefert hat, macht sich strafbar.
Außerdem erfolgt die zwangsweise Abholung der ab-
lieferungspflichtigen Gegenstände durch die Ortsbehörde
als Vollstreckungsmaßregel auf Kosten des Besitzers.

Die Verpflichtung des Besitzers zum Entfernen
der Kupfer- und Platinnengen von den Bauwerken
besteht auch für die zwangsweise abzuholenden Kupfer-
und Platinnengen.

Den von der zwangsweisen Einziehung Betroffe-
nen werden ebenfalls Auerkennnisscheine bei An-
nahme der Uebernahmepreise oder Quittungen bei
beabsichtigter Zuanpruchnahme des Reichsschiedsgerichts
nach den Bestimmungen des § 6 dieser Anweisung
ausgestellt. Die Kosten der Zwangsvollstreckung
werden von der zur Auszahlung kommenden Summe
in Abzug gebracht beginnend auf der Quittung vermerkt.

Der Uebernahmepreis ist folgendermaßen festgesetzt:

Für Gruppe 1 bis 3 fest sich der Uebernahme-
preis zusammen aus:

- a) dem Materialpreis für das Kupfer (1,85 Mk.
für das Kilogramm);
- b) den Kosten für die frühere Herstellung, ein-
schließlich Anbringung (ausschließlich Material-
preis);
- c) den Kosten für die Abnahme des Kupfers;
- d) den Kosten für etwa zur Abnahme erforder-
liche Kistung.

Für Gruppe 4 beträgt der Uebernahmepreis 3,20
Mark für jedes Kilogramm abgelieferter Kupfers. Für
B beträgt der Uebernahmepreis 8.- Mk. für jedes
Gramm abgelieferter reiner Platin. Diese Ueber-
nahmepreise enthalten die Gegenwerte für die ab-
gelieferten im § 2 bezeichneten Gegenstände einschl.
aller mit der Ablieferung verbundenen Leistungen.

Die Verwendung einer Kistung bei Abnahme
der Kupfermengen der Klassen 1, 2 und 3 muß nach-
gewiesen und begründet werden können. Im allge-
meinen erscheint eine Kistung bei Dachflächen von
einer Neigung von 30° und darunter nicht erforder-
lich.

§ 9. Alle Anfragen und Anträge sind an die
Ortsbehörden zu Kamen zu richten. Die Eingaben
sind mit der Bezeichnung „Betrifft Dachkupfer“ zu
versehen und dürfen andere Angelegenheiten nicht
beinhalten.

Kamen, den 21. Juni 1917.

Die Ortsbehörde. J. B.: Mönninghoff.

Der Oesterreichisch-Ungarische Hilfsverein in Dortmund (E. V.)

fordert seine in Westfalen lebenden Landsleute dringend an u. ladet die deutschen Bundes-
genossen ein, die jetzt aufliegenden Kriegsanleihen

VI. Oesterreichische 5 1/2 % -ige Staatsanleihe zu Kronen 92.00

5 1/2 % -ige Staatsschatzscheine zu Kronen 93.50

VI. Ungarische 6 % -ige steuerfreie Staatsrentenanleihe zu Kronen 95.50

zu zeichnen.

Für rund 60 Mark erhält man je 100 Kronen Nennwert der Kriegsanleihen.

Bei der zu erwartenden Kurssteigerung der Krone Aussicht auf erhebliche Kursgewinne!

Infolge starker Beteiligung sofortige Anmeldung notwendig!

Auskünfte, Zeichnungsscheine und Entgegennahme von Zeichnungen durch L. K. und
K. Oesterreichisch-ungarisches Konsulat in Dortmund, Luisenstraße 10, 2. Delegierter
der österr. Zentral-Einkaufsgesellschaft A.-G., Berlin W. 8, Kronenstraße 60. 1543

Bekanntmachung.

Die Bekleidungsstelle (Stadtbauamt, Zimmer
Nr. 17) ist vom 25. Juni 1917 bis 30. Juni 1917
nachmittags geschlossen. 1521

Kamen, den 20. Juni 1917.

Die Ortsbehörde. J. B.: Mönninghoff, Stadtrat.

**Zeitungsbotin
oder Boten**

für einen Bezirk in Bergkamen gesucht.

Zu melden

Kamener Zeitung.

UHREN

Goldwaren und Musikwerke
repariert schnell u. preiswert
J. Kupperschlag,
Kamen, Weststraße 76. 1518

Stellen-Angebote

Suche zum 1. August
oder später ein braves,
beheres, nicht zu junges,
evgl.

Mädchen,

in Haus- und Garten-
arbeit erfahren. 1514

Wo, sagt d. Geschäftszt.

Lüchtige Dreher

gesucht.

Essener Maschinenfabrik,
1522 Essen, Schlenhoffstraße 82.

Stellen-Gesuche

2 kräftige Jungen

(15 und 16 Jahre alt)

suchen Stelle beim

Landwirt.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle. 1540

Zu verkaufen

Wiederrunge 1916

Hühner

zu verkaufen. 1533

H. Schoppohl,

Nordenmayer 66.